

# Lübener Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer in Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich RM. 1,40. Monatlich 55 Pf. Bezahlungsstelle Nr. 4082 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Beizeile oder deren Raum 15 Pf., für die dreispaltige 10 Pf., für die zweispaltige 5 Pf., für die einspaltige 2 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 176.

Mittwoch, den 31. Juli 1901.

8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Das Ausland und der Zolltarif.

Das Organ der Wiener Regierung, das immer höchst maßvolle und überstaatsmännliche „Fremdenblatt“ schreibt: Die Veröffentlichung der geplanten Minimalvertragsätze lasse den ganzen Ernst der handelspolitischen Lage erkennen. Daß man sich mit der Möglichkeit eines solchen Konflikt es bereits jetzt vertraut mache, erhelle aus dem Vorschlage, die gegenseitige Befugnis für die Aufhebung von Kampfszöllen noch zu verschärfen. Schon bisher sei in diesem Falle eine Verdoppelung der Tarife vorgezogen gewesen. Uebrigens sei nicht zu übersehen, daß der Entwurf noch viele Stadien zu passieren habe und die Veröffentlichung die Möglichkeit zu einer Abwehr biete.

Der „Pester Lloyd“ schreibt: „Man mag nun die Dinge noch so ruhig nehmen und leidenschaftlos anschauen, man wird sich doch der Thatsache nicht verschließen können, daß auf dieser Grundlage der Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Oesterreich-Ungarn und dem deutschen Reich ganz unmöglich ist. Denn was der Tarif auch noch enthalten mag, so ist es doch bei den protektionistischen Zöllen auf der ganzen Linie der agrarischen Produktion nicht denkbar, daß Deutschland uns in einem Vertrage etwas Neues zu bieten vermöchte. Wir gehen jeder Schwarzseherei mit Abicht aus dem Wege, und in keinem Falle möchten wir zugeben, daß durch die neue Wirtschaftspolitik die alte festgefügte Allianz aufgelöst werden könnte, aber angesichts der großen Wichtigkeit, welche heutzutage die wirtschaftliche Frage besitzt, wäre es doch optimistisch, wollte man sich bedingungslos der Zusage überlassen, daß die schreiende Anomalie eines Zollkrieges zwischen verbündeten Mächten an der europäischen öffentlichen Meinung spurlos vorübergehen könne. Gewiß, das Bündnisverhältnis würde unerschüttert bleiben, aber der öffentliche Glaube an die Konstanz dieser Allianz könnte leicht zusammenbrechen, und das wäre ein Verlust, für welchen die Zufriedenheit der preussischen Agrarier doch wahrlich keine Entschädigung zu bieten vermöchte.“

Lebhafter noch hallt es aus dem russischen Blätterwald zurück. Die „Nowoje Wremja“ betont den aggressiven Charakter des Entwurfes und kommt zu dem Schluß, daß die Urheber des neuen Tarifes den Zollkrieg mit allen Ländern herbeiführen wollten, die Deutschland bisher mit Getreide versorgt. Die jetzige große deutsche Einfuhr nach Rußland müsse eingeschränkt werden, indem man die betreffenden Waaren in Zukunft aus anderen Ländern bezöge; Deutschland werde es jedenfalls schwer fallen, sich Getreide aus anderen Ländern zu verschaffen. Dem deutschen Reich stünden nicht wenig Sorgen in Bezug auf die Aufrechterhaltung der guten politischen Beziehungen zu den Mächten bevor, mit denen Deutschland den Zollkrieg zu führen sich vorbereite.

Die künftigen deutschen Getreidezölle verschließen nach Ansicht der „Wirschwija Wsedomosti“ den russischen landwirtschaftlichen Produkten den deutschen Markt fast völlig. Rußlands Antwort könne nur in Erhöhung der Einfuhrzölle auf deutsche Importartikel bestehen und die unausbleibliche Folge sei der Zollkrieg. Auf eine Ermäßigung der jetzt bekannt gegebenen deutschen Zölle sei nicht zu hoffen, da im deutschen Reichstage Kreise vorherrschen. Bei dem festen Entschlusse des Grafen Bülow, die Getreidezölle zu erhöhen, könne von Verhandlungen über den Handelsvertrag keine Rede sein. Das Blatt führt alsdann aus, daß Rußland von Deutschland finanziell unabhängig sei und genug Zeit habe, um seiner Landwirtschaft neue Absatzmärkte zu sichern. Niemand wünsche in Rußland den Zollkrieg mit Deutschland. Ein solcher Krieg werde aber unvermeidlich sein.

## Bericht

über die

Parlamentarische Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion.

14. November 1900 bis 15. Mai 1901.

Berichterstatter: Emanuel Wurm.

(Schluß).

Gegen diese bequeme Scheibung erhob unser zweiter Redner energischen Protest. Es sei festzustellen, daß ein reichs- und verfassungswidriges Subsidiarverhältnis eines Reichsamts zu einer Unternehmungsgruppe in einer Vereinigung von Interessengruppen besteht. Wie der Brief an die Öffentlichkeit gelangt sei, könne nicht zum Vorwand benutzt werden, um die Schuldigen straflos anzuzeigen zu lassen. Der Reichstagsrat habe nicht die Frage beantwortet, in welchem Verhältnisse Graf Posadowsky persönlich zum Vorfall stehe, ob er an ihm beteiligt sei durch Handlungen oder durch Unterstellungen. Und was hat er, wenn er erst nachher davon unterrichtet wurde, getan, als er von dem Vorfall erfuhr? Auf Grund der offiziellen Kundgebungen des Zentralverbandes wies Redner

nach, wie jener von jeher von der feindseligsten Gesinnung gegen die Arbeiter erfüllt und trotzdem stets den größten Einfluß auf die Regierung ausgeübt habe. Unsere Interpellation habe nicht den Zweck, Minister zu stürzen, sondern „dem Volke zu zeigen, wie durch die Regierung die Geschäfte der Scharfmacher besorgt werden.“

Trotz aller dieser Herausforderungen schweig aber die Regierung, so daß, da kein Redner sich weiter meldete, die Beantwortung der Interpellation geschloffen wurde. Der Staatssekretär hatte derselben beigewohnt, blieb aber mündlich. Da er sich aus unseren Reihen der laute Zwischenruf: „Und Graf Posadowsky?“ Die Interpellation: erst in der Zeit bis zum 11. Dezember 1900 gewann er, unterstützt durch die Presse der Konservativen, des Zentrums und der Nationalliberalen, welche die Affäre für beigelegt erklärten, wieder so viel Sicherheit, daß er auf diesen Zwischenruf vom 24. November zu antworten sich getraute. Bei der Generaldebatte des Etats erklärte er, es sei vollkommen nebensächlich, ob er von dem Ansuchen an den Zentralverband etwas gewußt habe oder nicht, ob er es veranlaßt habe oder nicht — er trage die Verantwortung für das, was in seinem Amte geschieht. Der Gesandtenrat zum Schutz der Arbeiterwilligen sei arbeiterfreundlich, nicht zu Gunsten der Unternehmer. Die 12 000 Mark seien nur zur Vorbereitung amtlichen Materials, das bereits dem Reichstage vorlag, verwendet worden, und nicht, um den Gesandtenrat durchzubringen — der wäre nach der ersten Lesung schon verloren gegeben! — sondern um die Aufregung im Volke zu mildern, die durch unrichtige Mitteilungen über den Entwurf seitens der sozialdemokratischen Presse hervorgerufen war. Wenn die Mittel nicht aus dem Druckkostenfonds entnommen wurden, so mag die Ursache davon „eine gewisse barbare, irrationale Neugierigkeit“ gewesen sein.

Eine Woche später, am 19. Dezember 1900, veröffentlichte Bued, der Geschäftsführer des Zentralverbandes, ferner einen Brief in den „Berliner Neuesten Nachrichten“, dem Organ des Verbandes, unter dem Titel: „Graf Posadowsky und der Zentralverband der Industriellen.“

Dieser zweite Buedbrief kompromittierte das Reichsamt des Innern in noch größerem Umfange. Herr Bued enthüllte nämlich, verärgert dadurch, daß der Reichstagsrat die Allianz Posadowskys mit dem Verbande als einen Mißgriff bezeichnet hatte und der Staatssekretär sich von dem Verbande zurückzog, daß der Zentralverband schon seit langer Zeit in intimen Verkehr mit dem Reichsamt des Innern stehe und wiederholt feilschielige Dienste geleistet habe; die Kundigen hätten dies längst gewußt. Bued verweist auf die Arbeiten des Zentralverbandes beim Abschluß des Handelsvertrages mit Rußland. „Der (amtliche) Zollbeirat“ hatte sich im Bureau des Zentralverbandes installiert, dessen Kräfte er durch Monate vollständig und fast übermäßig in Anspruch nahm. — Bei dem Handelsvertrag mit Japan und den Verhandlungen mit Portugal wiederholt sich dieser Vorgang. Die Kosten beliefen sich auf mehrere tausend Mark. Auf Wunsch des Reichsamts des Innern ließ der Zentralverband eine Broschüre schreiben und als Agitationschrift für den Handelsvertrag verbreiten. Dann enthält der Buedbrief folgendes lehrreiche Geständnis:

„Die vom Zentralverband veranstaltete große und beachtliche Flottensundhebung, die nicht unwesentlich dazu beitrug, Stimmung für das vielbesprochene erste Flottengesetz zu machen, mag doch auch Erwähnung finden.“

Nach am Zukunftsdenken und Arbeiten des Wirtschaftlichen Ausschusses zur Vorbereitung der neuen Handelsverträge nahm der Zentralverband regen und pekuniären Anteil. Bued entrüht sich nun, da doch all diese anderen Liebesdienste des Zentralverbandes gegenüber der Regierung nirgends beanstandet worden seien, über diesen jetzt angebrochenen, gewaltigen verlogenen Lärm wegen einer ganz ähnlichen Sache!

Nachdem Herr Bued so den innigen Geheimbund zwischen Regierung und Scharfmachern aufgedeckt, wendet er sich gegen den Grafen Posadowsky, weil dieser, wie Bued sagt, sich schon von dem von allen Seiten angegriffenen Zentralverband und der in ihm vertretenen Industrie zurückziehe und beide preisgebe. Indem er ihn so des Verraths und des Betraths beschuldigt, giebt er ihm zu verstehen, daß der Zentralverband noch gefügigere Minister wolle und hält es daher „nicht für ausgeschlossen, daß dem gut unterrichteten ein besser unterrichteter Staatssekretär folgt.“

Unsere Fraktion stellte nun bei der zweiten Lesung des Etats den Antrag:

Eine Kommission zu wählen zur Erforschung der politischen und finanziellen Beziehungen, welche das Reichsamt des Innern mit dem Zentralverband der Industriellen oder anderen Interessengruppen unterhalten hat und darüber dem Reichstage Bericht zu erstatten.

Der zweite Buedbrief, schrieb unser Redner aus, zwingt zu der Schlussfolgerung, daß die 12 000 Mark nicht die einzige Unternehmung waren, die das Reichsamt des Innern vom Scharfmacherverband oder anderen Interessentenverbänden zum Zwecke der Durchbringung von Zwangsgeetzen gegen die Arbeiterklasse erhalten hat. „Geberdet sich doch Herr Bued schon längst als Herr über die Geschichte der deutschen Arbeiter. Hat er doch unmittelbar nach dem Amtsantritt Posadowskys in einer Generalversammlung triumphierend gesagt: „Die Männer im Reichsamt des Innern seien abgesetzt, von neuen „überfüllenden Arbeit“ auf dem Gebiet der sozialen Reform zu befrachten sei.“ Und sah sich doch der „abgesetzte“ Freiherr von Berlepsch veranlaßt, in der „Sozialen Praxis“ die Aufschuldigung zu erheben, es machten sich im Reichsamt des Innern „unberechtigte Einflüsse“ geltend? Ist es da nicht begreiflich, daß unter diesen Umständen schließlich im ganzen deutschen Reich, in der ganzen Arbeiterklasse bloß noch die eine Ueberzeugung herrscht, daß das Reichsamt des Innern nichts sei als eine Filiale des Zentralverbandes der Industriellen, eine Filiale der Interessenvertretung des Großunternehmertums?“ Im

Interesse der Würde und des Ansehens des Reichstages liege es, Licht in diesen Dunkel zu bringen und die von uns geforderte Untersuchungskommission einzusetzen.

Graf Posadowsky verankerte sich hinter die Ausflucht, daß er nicht mehr die geringste Veranlassung habe, sich über die Sache selbst zu äußern. Dann rechtfertigte er abermals seine sozialpolitische Thätigkeit und erzählte wiederum, daß das Zucht- und Strafgesetz kein Erziehungsgesetz gegen, sondern ein Schutzgesetz für die Arbeiter sei. Das bekam er denn auch von Dr. Hertel bescheinigt und noch ein paar Mund voll Lobspiegelungen dazu, wofür aber Dr. Hertel ganz unverblümt verlangte, der Staatssekretär solle nun auch den Agrariern ebenso zu Willen sein wie bisher den Industriellen und „die berechtigten Forderungen“, das heißt den Kornwucher, seinerseits unterstützen.

Die Vertreter der anderen Parteien erklärten, wir sollten doch die 12 000 Mark-Affäre ruhen lassen, weil sie ja mit der Mißbilligung durch den Reichstagsrat ihre Erledigung gefunden habe — und mit allen gegen unsere Stimmen wurde der Antrag, eine Untersuchungs-Kommission einzusetzen, abgelehnt.

Daß sich die kapitalistischen Parteien sammt und sonders zu Weichhütern eines solchen Staatssekretärs und seines Systems hergeben, verführt noch die moralische Niederlage, die der Klassenstaat bei der 12 000 Mark-Affäre erlitt. Den Arbeitern ist bis in die Reihen der Zentrumsanhänger hinein ein Licht darüber aufgegangen, wie ihre Interessen denen der Unternehmer preisgegeben sind.

Die Interpellation wegen des Griesheimer Unglücks.

Am 25. April 1901 wurde in der chemischen Fabrik in Griesheim „Elektron“ durch ein Feuer, das in der Bitrinsäureanlage ausbrach, eine Explosion herbeigeführt, bei welcher 24 Personen aus dem Leben kamen, eine große Anzahl von Arbeitern und sonstigen Angehörigen der Fabrik Verletzungen erlitten, und ein erheblicher Schaden an Hab und Gut der Einwohner der umliegenden Ortschaften verursacht wurde. Die Thatsachen, die über die Ursache des Unglücks in die Öffentlichkeit drangen, veranlaßten uns zu folgender Interpellation:

Ist dem Herrn Reichstagsrat bekannt, daß die für die Errichtung und den Betrieb chemischer Fabriken geltenden Vorschriften den chemischen Fabriken in Griesheim gegenüber außer Acht gelassen sind, und was geradelt der Herr Reichstagsrat zu thun, um derartige Ungeheuerlichkeiten für die Zukunft zu verhindern?

Bei der Begründung wurde nachgewiesen, wie die ganze Art des Unfalls zeige, daß weder die für die Genehmigung konzessionspflichtiger Anlagen zuständigen Landesbehörden, noch die dortige Gewerbebehörde, noch die Berufsgenossenschaft und die Betriebsleitung die durch das Reichsgesetz ihnen auferlegten Pflichten zum Schutze der Arbeiter gegen die Gefahren für Leben und Gesundheit genügend beachtet. Die in Griesheim hergestellten Produkte sind außerordentlich explosibel, trotzdem war die Anlage nicht nach den für die Herstellung von Sprengstoffen vorgeschriebenen Bestimmungen eingerichtet. Da der Staatssekretär dies bestritt, daß die Bitrinsäure zu den unter das Sprengstoffgesetz fallenden Stoffen gehöre, wurde dies von unserer Seite auf Grund technischer Details widerlegt und gefordert, daß die Vorschriften über Herstellung und Aufbewahrung von Bitrinsäure verhärtet werden. Die Regierung hat bis jetzt über die Resultate der von ihr angestellten Untersuchungen in Griesheim nichts bekannt gegeben.

Interpellationen anderer Fraktionen

gaben der unterigen wiederholt Anlaß, sich an den Debatten zu beteiligen. Zuerst war es die vom Zentrum gestellte Interpellation wegen des Kohlenwuchers. Die Preissteigerung der Kohlen im Winter 1900 gab dazu den Anlaß, den aber das Zentrum nur zu einem recht schwächlichen Scheingesetz beizugab. Die am 27. November 1900 gestellte Interpellation lautete: „Was gedenken die verbündeten Regierungen zu thun, um der bestehenden, weite Volkstheile schwer bedrückenden Kohlenentwertung wirkungsvoll abzuhelfen und für die Zukunft die Wiederkehr solcher Mißstände zu verhüten?“ Der bayerische Centrums-Abgeordnete Dr. Heim weiterte gegen das Kohlenyndikat, das durch seine Preissteigerungen und Einschränkung der Produktion die Kohlennot verursacht habe. Als ihm aber „Brodwucher“ zugerufen wurde, lenkte er wieder ein, denn jedes seiner Worte war ja auch eine Verurteilung der gerade von ihm geforderten Korngollerhöhung. Von unserer Seite wurde nachgewiesen, daß nicht, wie die Kohlenwucherpreise behauptete, die Streiks der Bergarbeiter, sondern die Förderungseinschränkung, die vom Syndikat befohlen war, den Mangel an Kohlen und damit die Preissteigerung hervorgerufen habe. Der Staat hätte da mindestens die Pflicht gehabt, die Ausfuhrprämien für Kohlen abzulassen, durch die, wie die Handelskammer zu Bielefeld erklärte, den deutschen Kohlengrubenbesitzern 2 1/2 Millionen Mark jährlich geschenkt werden. Neben dem rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat sind es aber auch die ober-schlesischen Grubenbesitzer, welche die Preissteigerung veranlassen und in Ober-schlesien gehören vier Siebentel der Gruben den Zentrumsgrafen und Zentrumsfürsten. Auch die Staatsbergwerke haben sich an der Preissteigerung beteiligt. Wirkliche Abhilfe kann nur dadurch geschaffen werden, daß die Kohlengruben in Besitz des Staates und zwar des Reiches übergehen, selbstverständlich nicht zu einem Preise, der den wucherischen Erträgen der künstlich hervorgerufenen Noth entspricht, sondern auf Grund der Ergebnisse der letzten zwei Jahre.

Eingehend schilderte unser Redner die trotz der hohen Kohlenpreise so traurige Lage der Bergarbeiter, ihre wuchernden Löhne, ihre stets gesteigerte Anspannung und dadurch erfolgte Produktionsvermehrung, die Unsicherheit ihrer Existenz, indem sie nach dem Entdünken des Syndikats bald zu Feierschichten, bald zu Ueberarbeit gezwungen werden, die überlange Arbeitszeit und den ungenügenden Schutz gegen Unfallgefahr. Den Vorwurf, daß gerade das Zentrum es war, das die Bergarbeiter-Organisationen vor ihr losgelöst und verhindert habe, gemeinsam mit dem alten



Verhande vorzugehen, vermochten die Zentrumsredner nicht zu entkräften.

Als Vertreter der Kohlengrubenbesitzer traten sich namentlich hervor die Abgeordneten von Kardorf, der mit 27 000 Mt. jährlich bezahlte Aufsichtsrath der Lauchhütte, und Hilbert der Dortmunder Bergwerksdirektor. Als Vobredner der Syndikate trat der jetzt verflozene preussische Handelsminister von Drefeld auf, der ihnen nachsahnte, daß sie „die Preise in normaler Weise reguliren“, an der Regierung sei nur „der wucherische Gewinn der Hülfsindustrien Schuld.“

Das Resultat der Interpretation war das erwartete, nämlich Null. Weder hat die Regierung den Kohlenwucherern das Handmerkel gelagert, noch fühlten diese sich im geringsten genirt, für den nächsten Winter in derselben Weise wie vorher eine künstliche Kohlennot und damit Wiederpreise zu schaffen. Schon hat das Kohlen Syndikat eine Produktionsbeschränkung von 15 pSt., das Koks-Syndikat eine von 25 pSt. beschlossen! Während die meisten Industriellen bereits unter den Folgen der Krisis leiden, werden sie durch die Kohlenwucherer noch rascher dem Bankrott entgegengetrieben. Das Kohlen Syndikat scheint sich berufen zu fühlen, die Gemeingefährlichkeit der Syndikate vor aller Welt zu beweisen und damit gleichzeitig den Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise, deren vollendetster Ausdruck ja gerade die Syndikate sind!

Bei einer andern Gelegenheit nahm der Reichstag eine Resolution an, daß gemäß § 5 des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs von 1896 der Bundesrath festsetze, daß Steinbohlen, Drahtseile und Koks in Einzelverleihe nur in vorgeschriebenen Gewichtseinheiten gewerbsmäßig verkauft oder feilgeboten werden dürfen.

Gegen das Duell richtete sich eine im Januar 1901 vom Zentrum eingebrachte Interpellation. Sie war dadurch veranlaßt, daß in Köln der Bezirkskommandeur vier katholische Studenten und Offizierskandidaten gefragt hatte, wie sie sich zum Duell stellen. Da sie erklärten, zu stehen auf dem Boden der Gesetze des Staates und ihrer Kirche, wurden sie vor den Offiziers-Chrenrath geladen, wieder wegen ihrer Stellung zum Duell inquirirt und felen schließlich bei der Wahl durch. Dieses Vorgehen der Militärbehörde steht im strikten Gegensatz zu den gesetzlichen Vorschriften, die das Duell bestrafen wollen. „Derlei Staat“, sagte unser Redner aus, „der sich als den Inbegriff und Repräsentant der Rechtsordnung hinstellt, und der vom Volke gesetzlichen Sinn, Achtung und Befolgung der Gesetze bis zum Kleinsten herab fordert, dieser selbe Staat wirkt dahin, daß für die Offiziere die offene Verletzung des Gesetzes geradezu zur Staats- und Amtspflicht erklärt wird, so daß die das Gesetz Befehlenden deswegen Strafe und Nachtheile zu erdulden haben, während umgekehrt die Gesetzesverlezer gemüßwillig nach einer Belohnung erhaschen, daß man ihnen ein ganz besonders hohes Ehrgefühl zuträut. Ein ärgerer Widerspruch, eine größere Verhöhnung von Gesetz und Recht ist nicht denkbar.“ Unsere Partei verurtheilt das Duell grundsätzlich und auf das Entschiedenste. Die kaiserlichen Verordnungen, die gegen das Duell erlassen wurden, genügen nicht; sie sprechen nur davon, daß „Duelle mehr als bisher verurtheilt“ werden, nicht aber davon, daß sie, dem Gesetz entsprechend, aufhören müssen.

Würde das Zentrum nicht von höchsten Rücksichten bejeelt sein, so hätte es schon Mittel und Wege gefunden, um die völlige Beilegung der Duelle durchzuführen.

Die Polenfrage wurde durch eine von den polnischen Mitgliedern des Reichstags an den Reichstanzler gerichtete Interpellation aufgerollt und er gefragt, „ob ihm bekannt ist, daß in letzter Zeit an vielen Orten Preussens die Postbehörden Postwertstempelungen und einfache Briefe, entgegen den Bestimmungen der Postordnung, nicht befördert haben.“ Die Briefe hatten polnische Adressen. Herr von Bobbelski berief sich auf den Buchstaben der Postordnung, um diese kleinliche Befürchtung des Polenthums zu rechtfertigen. Polnische Adressen wären den Beamten nicht verständlich, könnten also nicht auf Erledigung Anspruch machen. Unser Redner erklärte, daß dieses Vorgehen nicht auf eine Schädigung des Polenthums, als vielmehr auf eine große Beilegung der Reichspost hinausläuft. Die Maßregel ist nur ein Ring in der langen schweren Kette der polnischen Ausnahmeregierung. Das Versammlungsrecht der polnischen Reichsangehörigen wird aufgehoben, indem man ihnen verbietet, in Versammlungen polnisch zu sprechen, weil der Inhalt jeder Versammlung jedem zur Ueberwachung befehligten Beamten verständlich sein müsse. Jedes Volk hat das Recht, seine Muttersprache zu gebrauchen; unsere Partei protestirt deshalb gegen die jetzt immer mehr um sich greifende Polenverfolgung. Nicht weniger als 90 pSt. der Lehrer, die an polnischen Volksschulen wirken, verstehen und sprechen die polnische Sprache nicht. Andererseits sind an 90 pSt. sämtlicher polnischer Schulkinder, die die Volksschule besuchen, ohne jedes Verständnis der deutschen Sprache. Das ist der lächerliche Erfolg der zwangsweisen Germanisirung, die von der Regierung getrieben wird!

### Petitionen.

Zahlreich wie stets waren die von den verschiedensten Interessentenkreisen eingereichten Petitionen, von denen nur eine sehr kleiner Theil erledigt wurde. Im Pleaum kamen u. A. folgende wichtigere Petitionen zur Erörterung:

Gegen die Konsumvereine und den Hausirhandel verlangte der Centralverband deutscher Kaufleute so wie alljährlich vom Reichstag, daß er durch Kaebelegesetze den Kaufleuten diese lästige Konkurrenz vom Halse schaffe. Ueber diesen selbstthätigen Wunsch ging diesmal der Reichstag ohne Debatte zur Tagesordnung über.

Die Petition des Verbandes sächsischer Bäckerinnungen „Saxonia“, daß die Väterceivverordnung aufgehoben werde, gab nur eine kurze Debatte, da die dem Rückschritt zustimmende Mehrheit des Reichstags abwarten will, was aus den jetzt stattfindenden Verhandlungen der verbündeten Regierungen über die Beilegung oder Aenderung der Verordnung herausspringt. Die Petition wurde trotz des von unserer Seite eingelegten energischen Protestes dem Reichstanzler als Material überwiesen. (Siehe auch „Reichsamt des Innern“.) Ausgedehnte Diskussionen veranlaßte wie im Vorjahre die von den Konservativen angeregte Petition betreffend Einführung der Strafe der föpferlichen Zuchthausstrafen für Hochheitsverbrechen. Als Vertreter der brutalen Bestrebungen trat wiederum der Förderer des nach seiner Ansicht nicht unter Prügelftrafe zu stellenden Brotwuchers auf, Dr. Dertel. Der, um einmal etwas Neues zu sagen, die Behauptung aufstellte, daß sich in den Reihen der Nationalliberalen und des Zentrums bereits Freunde der Prügelftrafe fänden, wurde ihm von Seiten jener Parteien eine gründliche Abjage zu Theil; beide waren darin mit uns einig, daß die Prügelftrafe mit das roheste Strafmittel ist, das es giebt, und nicht erzieherisch, sondern verrohend wirkt, auf die Geprügelten wie auf die prügelnden Beamten. Festgesetzt wurde von uns der kläffische Anspruch, den ein agrarischer Abgeordneter Frank im meinigen Landtag gethan. Als ihm dort von unsern Genossen auf seine Forderung, daß die Getreidezölle erhöht werden müssen, erwidert wurde, daß durch Steigerung des Brotpreises das Volk in bittere Noth gerathe und ersparungsgemäß zum Diebstahl getrieben werde, erklärte Herr Frank, dann müsse eben die Prügelftrafe eingeführt werden! — Von unserer Seite wurde betont, daß Eingebreitung von Bildung das beste und einzige Mittel ist, um die Hochheitsdelikte zu bekämpfen, während gerade die konservativen Kreise, welche die Prügelftrafe einführen wollen, Feinde der Aufklärung sind. — Ueber die Petition ging der Reichstag zur Tagesordnung über.

Rechtlich von uns befürwortet wurden die Petitionen, die von der Sachkommission der Gastwirthschaftsgehilfen Deutschlands und des Deutschen Kellnerbundes eingereicht waren betreffend Regelung der Arbeitsverhältnisse im Gastwirthsgewerbe. Die berechtigten Forderungen derselben, die auch beim

Etat des Reichsamts des Innern (siehe dieses) von uns erörtert wurden, haben seitens der Regierung noch immer nicht die so nöthige Berücksichtigung gefunden. Die Petition wurde dem Reichstanzler zur Erwägung überwiesen.

Zur Sicherung der Bauforderungen war Erlass eines Gesetzes durch eine Petition gefordert; sie wurde dem Reichstanzler als Material überwiesen. An den Beratungen nahm kein Vertreter der Regierung Theil, obwohl doch, wie unser Redner zutreffend ausführte, die vielen Bauhandwerker und Bauarbeiter, die jedes Jahr um gewaltige Summen betrogen werden, ein Recht darauf haben, eine Erklärung zu erhalten, wann endlich die Reichsregierung mit ihren Vorarbeiten zu einem Gesetzentwurf fertig sein wird. In einer früheren Vorlesung, die von der Regierung eingebracht war, hatte sie den Schutz der Arbeiter ganz bei Seite gelassen und nur die selbstständigen Unternehmer geschützt. Wir fordern dringend, daß recht bald ein Entwurf erscheint, der auch den Forderungen der Arbeiter gerecht wird.

### Wahlprüfungen.

Ueber 16 Mandate erstattete die Wahlprüfungskommission Bericht; 11 wurden für gültig erklärt, bei 5 die Beachtungsangabe ausgelegt, damit noch weitere Beweiserhebungen stattfinden. Unter den für gültig erklärten Mandaten befinden sich auch vier von unsern Genossen beanstandeten des Dr. Pöhnel (Aiel) und Dr. Zwick (S. Berlin). Die auf Grund der Proteste in Abrechnung zu bringende Anzahl der Stimmen hatte am Wahlergebnis nichts geändert.

Wie der Bericht ergibt, ist unsere Fraktion stets den Grundfragen der sozialdemokratischen Partei getreu vorgegangen. Durch die intensive Beschäftigung an den Reichstagsverhandlungen haben wir unsere Gegner gezwungen, bei jeder Gelegenheit Farbe zu bekennen, so daß das Volk zwischen ihren Wahlversprechungen und Thaten zu richten vermag; andererseits haben wir, wo nur unsere Macht ausreichte, Verbesserungen zu Gunsten der Arbeiter erkämpft, Angriffe gegen Wählergehen und Freiheit des Volkes zurückgewiesen. So ins Einzelne gehend aber auch unsere Thätigkeit war, niemals hat die Fraktion, wie ihr Verhalten in Wort und That beweist, aus dem Auge verloren, daß auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsbauordnung nichts als Abschlagszahlungen für die Arbeiter erlangt werden können und nach wie vor die Hauptaufgabe ist und bleibt: Die Umwandlung des Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum und der kapitalistischen Waarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion. Dieses Endziel ist nur durch den Klassenkampf der Arbeiter gegen den Kapitalismus zu erreichen. Alle Zugeständnisse, alle Reformen haben uns von dem Wege, der zu diesem Ziele führt, ebensov wenig ablenken, wie uns die Verheißung des Ausnahmeregimes davon wegniebt. Jedes Zugeständniß, daß der Kapitalismus den Arbeitern macht, kann nur eripornen, auf der bisher beschrittenen Bahn fortzufahren, bis die Befreiung der Arbeiter von der Ausbeutung durch das Kapital erreicht ist.

## Politische Mandatswahl.

### Deutschland.

Bei der Reichstagswahl in Duisburg wurden nach amtlicher Ermittlung von 82 869 Wahlberechtigten im Ganzen 63 957 Stimmen abgegeben, darunter 25 764 nationalliberale und 20 076 Zentrumsstimmen. Die für die Kandidaten der andern Parteien abgegebenen Stimmen unterläßt das „Volkische Bureau“ selbster Weise mitzutheilen. Die Stichwahl zwischen Dr. Veumer (N.) und Hintelen (Z.) findet bereits am Freitag, den 2. August, statt.

Bei der Stichwahl in Mülheim-Duisburg bildet, wie allgemein bekannt, unsere Partei das Jünglein an der Wage. Die bürgerlichen Zeitungsschreiber zerbrechend sich nur den Kopf, für welchen Kandidaten, den nationalliberalen Scharfmacher Veumer oder den Zentrumsmann Hintelen, unsere Parteigenossen schließlich bei der Stichwahl stimmen werden. Die guten Leute scheinen ganz vergessen zu haben, daß der Hamburger Parteitag im Jahre 1897 klipp und klar die Marschroute festgelegt hat, die in solchen Fällen einzuschlagen ist. Die Resolution welche damals angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Im Falle einer engeren Wahl in einem Wahlkreis, bei welcher der Kandidat der Partei nicht in Frage kommt, sind die Parteigenossen gehalten, demjenigen Kandidaten einer bürgerlichen Partei ihre Stimme zu geben, der sich verpflichtet, im Falle der Wahl für folgendes im Reichstag einzutreten:

1. Für Aufrechterhaltung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in der jetzigen Gestalt, es sei denn, daß es sich um Anträge auf Erweiterung oder größere Sicherung derselben handelt;
2. Für Aufrechterhaltung des unverkürzten Budgetrechts des Reichstags (sein Septennat, Duinquennat usw.);
3. Für Sicherung des vollen Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrechts durch ein Reichsgesetz;
4. Gegen die Einführung von Ausnahmeregelen irgend einer Art und gegen die Verschärfung des bestehenden Strafrechts, soweit es sich dabei um politische Vergehen oder Verbrechen handelt;
5. Gegen jede Verschlechterung der bestehenden Pressegesetzgebung;
6. Gegen jede Vermehrung des stehenden Heeres oder der Marine;
7. Gegen die Einführung neuer oder die Erhöhung bestehender indirekter Steuern und Zölle auf nothwendige Lebensmittel (Bier, Tabak);
8. Gegen jede Aufhebung oder Einschränkung von Arbeiterkammern oder Arbeiterversicherungs-Gesetzen oder Verordnungen, außer auch den unter 1 angeführten Fällen.

Kommt kein Kandidat in Frage, der sich auf diese Forderungen verpflichtet, so ist strikte Stimmhaltung zu proklamiren.“

Die Mehrbelastung der Bevölkerung durch die Kornzölle wird von der „Frei. Ztg.“ auf 150 Millionen Mark berechnet. Komme kein Handelsvertrag zu Stande, so steigert sich die Mehrbelastung sogar auf 250 Millionen Mark.

Das Zentrum stellt sich zu dem neuen Zolltarif, dem es natürlich mit Pauken und Trompeten zustimmen wird, einstweilen nach seiner gewohnten Devise: „Wach mir den Pelz, aber mach' ihn nicht naß.“ Sonntag sprach in R e f e l d im katholischen Volksverein der Zentrumsabgeordnete Dr. Bachem über Zölle und Handelsverträge. Dabei äußerte er sich über den neuen Tarif sehr zurück-

\*) Hier ist dem Berichterstatter ein Zertifikat unterlaufen, der richtig gestellt sei. Die Wahl Pöhnel in Kiel ist noch nicht gültig gesprochen. Die Wahlprüfungskommission beschloß am 11. Dezember 1900 entgegen dem Antrage des Berichterstatters Genossen Richard Fischer auf sofortige Kassirung der ganzen Wahl, vorläufige Beanstandung und Ergänzung des Beweismaterials. Dießem Beschluß ist der Reichstag am 25. Februar 1901 beistimmlos beigetreten. Seitdem ist in der Sache nichts weiter geschehen. Die Replikate der neuen Erhebungen sind noch nicht eingegangen.

halten. Er meinte, ob diese jetzt veröffentlichten Sätze des Zolltarifs in dieser Höhe an den Reichstag kämen, sei nicht gewiß. Sollte das aber der Fall sein, dann sei heute ein Urtheil noch nicht abzugeben. (1) Man müsse den Tarif im Gesamten prüfen. Ein Führer des christlichen Textilarbeiter-Verbandes bemängelte die Höhe der Sätze des neuen Zolltarifs für Spreu und Ährte.

Hausforderungen wegen des Zolltarifs sind bei Berliner Journalisten vorgenommen worden. Ein Berliner Blatt brachte bekanntlich aus London die Nachricht, daß sich ein vollständiges Exemplar der deutschen Zolltarifvorlage seit etwa 14 Tagen in den Händen der dortigen „Finanz-Cronik“ befunden habe und zwei der größten englischen Zeitungen sich vergebens bemüht hätten, das Schriftstück zum Abdruck zu erlangen. Diese Nachricht hat, wie die „Welt am Montag“ hört, zu Hausjuchungen bei verschiedenen Berliner Journalisten geführt, von denen man annimmt, daß sie mit dem Londoner Finanzblatt in Verbindung stehen und etwa durch Beamtenebstechung in den vorzeitigen Besitz des geheim gehaltenen Aktenstückes gekommen sein könnten. Wie die „Voss. Ztg.“ weiter hört, hat die Hausjuchung bei einem Berliner Journalisten befallendes Material zu Tage gefördert. Eine weitere Untersuchung ist bereits im Gange.

Der zweite polnische Geheimbundprozess wird nach den Ferien in Thorn verhandelt werden. Angeklagt sind 60 junge Leute, und zwar: 22 Gymnasialisten aus Kulm, 15 aus Straßburg (Westpreußen), 3 aus Thorn und 2 aus einem kleinen Orte; ferner 8 Schüler aus Pöplin, einer aus Gnesen, einer aus Breslau, 4 Studenten aus Berlin, Leipzig und Greifswald und schließlich 4 praktischen Berufen angehörnde junge Leute. Sie sind des Vergehens gegen den § 128 des Strafgesetzbuches, nach dem die Theilnahme an geheimen Verbindungen mit Gefängniß bis zu 6 Monaten bestraft wird, angeklagt. Die Anklageschrift, die 22 engbedruckte Seiten umfaßt, behauptet, daß ein geheimer Verband der Gymnasialisten besteht, der sich mit national-polnischen Angelegenheiten befaßt. Das ganze „Verbrechen“ der Angeklagten, für die übrigens der Schutz des § 57 der Strafprozessordnung (Strafmildernde Umstände bei Angeklagten zwischen dem 12. und 18. Lebensjahr) verlangt wird, scheint recht harmloser Natur zu sein, wird aber natürlich der habsburgischen Presse Anlaß geben, ihre verheerende Thätigkeit in üblicher Weise fortzusetzen.

Polnische politische Nachrichten. Die deutsche Ein- und Ausfuhr ist ihrem Werthe nach im ersten Halbjahre 1901 geringer gewesen als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, die Einfuhr mit 2 884,5 Millionen um 106,7 Millionen, die Ausfuhr mit 2 253,2 Millionen um 73 Millionen Markt. Die Einfuhr war mit 20 768 497 Tonnen um 518 101 Tonnen größer, die Ausfuhr mit 15 048 869 Tonnen um 818 119 Tonnen geringer als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. — Das Mitglied des Aufsichtsraths der Aktiengesellschaft für Treberproduktion Schlegel wurde Sonntag verhaftet. Nachdem nämlich Montag noch auch Rittergutsbesitzer Arnold Gumpf (Greifswald) und Rittergutsbesitzer Th. Salmg. D. W. verhaftet worden sind, befindet sich der gesammte Aufsichtsrath der Aktiengesellschaft in Haft. — Wegen Behorsamsverweigerung gegenüber dem aufstiegsführenden Offizier wurden der „Nob. Volksztg.“ zufolge von dem Kriegsgericht in Jüterburg die Auskettere Mey und Dieß vom Jnt. Reg. Nr. 59 in Goldap zu 2 Monaten 14 Tagen bzw. 2 Monaten Gefängniß verurtheilt. — Wie der „Oberkassische Wanderer“ aus Gleiwitz meldet, haben sich Sonnabend Abend die Tumulte vor den Huldichinsty-Werken in bedrohlicher Weise wiederholt. Die Menge zählte nach Tausenden; das gesammte Polizeiaufgebot mußte einrücken; neun Personen wurden verhaftet. — Der „Chemnitzer Mtg. Ztg.“ zufolge stellte sich der städtige Direktor der Pöppich Aktiengesellschaft in Werben, Reichmann, Montag Vormittag freiwillig dem Reichsgericht. — Rechtsanwalt Oskar Dohwacher in Eschlochen wurde Montag von der Strafkammer in Königs wegen verschiedener Unterschlagungen und Untreue zu 2 1/2 Jahren Gefängniß verurtheilt. — Im Glöckchenstraße der Mannfelder Gewerkschaft bei Fektedt verunglückten durch einen verirrten Sprengstich der Bohrmann acht Bergarbeiter. Zwei Arbeiter sind todt, drei schwer, die übrigen leichter verletzt. — Anlässlich des tschechischen Konzerts, das ein Wilsener Gesangsverein Sonntag in Karlsbad gab, kam es zu Kundgebungen vor dem Lokal. Die Menge, die sich dort angemeißelt hatte, lang die „Wacht am Rhein“ und zerriff die Schleißen in tschechischen Farben, die sich an den von den Sängern mitgeführten Kränzen befanden. Die Ruhe wurde nach der Abreise der Sänger wiederhergestellt; zwei Personen wurden verhaftet. — Der Getreidehändler und Großgrundbesitzer Partlein in Subapeß ist mit Passiven von 1 1/2 Millionen in Zahlungsforderungen geirathen. — Der neue dänische Arbeitsminister hat sofort zwei Eisenbahnbeamte, welche wegen oppositioneller Nachschlagation während der letzten Reichstagswahlen strafweise nach entlegenen Gegenden Zittlands vom früheren Minister verschickt worden waren, in ihre früheren Kopenhagener Stellen wieder eingesetzt. — Die „Niforme“ in Brüssel r. Det.: Durch die Explosion einer Pulvermühle zu Wetteren wurden drei Arbeiter getödtet und mehrere verwundet, wovon zwei derselben ihren Wunden bereits erlegen sind. — Ein Telegramm des „B. T.“ aus Vlle meldet: Notar Dutters, der Bürgermeister von Steenborde und Centralrath im Departement du Nord, ist unter Hinterlassung mehrerer Mill. Francs Schulden sichtlich. Der erste Bureauangestellte hat sich erschossen, man glaubt, weil er an den Manipulationen des Notars theilhaftig ist. — Der antiklerikale Bewegung in Spanien greift immer weiter um sich. In einer am Sonntag in Madrid stattgehabten Versammlung wurden zahlreiche Reden gegen die Kongregationen gehalten. Nachdem der Vorsitzende die Verordnung des Präfecten verlesen hatte, in der Kundgebungen auf der Straße untersagt werden, wurden Aufse gegen die Regierung laut. Nach der Versammlung fanden Kundgebungen auf der Straße statt. Die Polizei zersprengte die Aufseher. — Der tolle Mullah wurde, wie Reuter aus Wien meldet, von den Engländern in einem scharfen Kampf am 17. Juli gefesselt. Auf englischer Seite fielen ein Offizier und 12 Mann, während ein Offizier und 20 Mann verwundet wurden. Der Feind hatte 70 Todte. — Zweitausend Tugungen haben nach einer Petersburger Drahtung sichtlich die Kosom'sche Expedition in Tibet angefallen; diese verteidigte sich sehr tapfer und tödtete viele der Angreifer, doch verlor die Expedition acht Todte.

### Oesterreich-Ungarn.

Lueger ist hereingefallen mit seiner Anklage wider die Sozialdemokratie, sie habe die Wähler von Favoniten vergewaltigt. In einer der letzten Landtagsitzungen beantwortete der Statthalter die bekannte Deutsche Interpellation und mußte, genau wie unsere Parteigenossen es vorhergesagt hatten, erklären, daß alle Behauptungen Luegers völlig grundlos seien. Trotz ergangener Aufforderung jenseitige Gewaltthaten der Polizei nicht einmal ange-



zeigt worden. Dagegen steht attemäßig fest, daß der christlich-soziale Magistrat durch Uebelwollen und Schamperrei, die Statthalterei durch schlechtangebrachte Leichtgläubigkeit viele Hunderte von sozialdemokratischen Arbeitern um ihr Wahlrecht gebracht hat.

### Finland.

Die Vergewaltigung Finlands geht Schritt vor Schritt weiter. Nachdem die Wehrpflichtfrage an sich entschieden ist, faßt man den Offiziersnachwuchs ins Auge. In diesem Sinne soll die Umgestaltung der Kadettenschule in Fredrikshamn, der einzigen finnländischen Militärschule, bald ihre Lösung finden. Bereits im Frühjahr 1900 lag der Vorschlag eines Ausschusses vor, der bei der Hauptverwaltung der Militärschulen in Petersburg gebildet worden ist, um diese Schulfrage zu bearbeiten. Im Dezember vorigen Jahres gab der finnländische Senat ein mißbilligendes Gutachten über diesen russischen Vorschlag ab. Ueber die Aufnahme des Gutachtens und die weitere Tätigkeit des Ausschusses ist nichts bekannt geworden. Daß die Frage vermuthlich bald entschieden werden soll, geht daraus hervor, daß der finnländische Senat kürzlich aufgefordert wurde, einen Senator zum Mitglied des russischen Ausschusses zu ernennen. Dies ist jetzt geschehen. Die finnländische Regierung hat auch den Betrag beträchtlich erhöht, den sie alljährlich verausgibt, um Verwaltungsbeamte zu unterstützen, die ihre russischen Sprachkenntnisse durch einen Aufenthalt im Kaiserreich vermehren wollen. Bisher wurden für diesen Zweck 12 000 finl. Mark (10 000 Mk.) jährlich ausgeworfen, von jetzt ab betragen die Reisebeihilfen zusammen 72 000 finl. Mark (57 600 Mk.) jährlich.

### England.

Zwei Millionen Mark in Gestalt einer Dotation sollen Lord Roberts in Anerkennung seiner Leistungen im südafrikanischen Feldzug zugebracht sein. Die Dotation von 100 000 Pfund (2 000 000 Mk.), welche ihm die englische Regierung „zur würdigen Vertretung seiner neuen Würde als Peer“ gewähren will, wird selbst in den imperialistischen Kreisen Londons für übertrieben hoch gehalten. In der That waren frühere Belohnungen an englische Generale weit weniger hoch; nach dem Aschantifeldzug erhielt der Lord Wolseley 25 000 Pfund, und nach dem Feldzug in Egypten 30 000 Pfund, ebenso viel empfing Lord Kitchener im Jahre 1899 für die Operationen am Nil.

Die englische Friedenssehnsucht hat, wie schon öfter betont wurde, namentlich in den Finanzkreisen, welche früher nicht lebhaft genug zum Kriege hegen konnten, jetzt, da die an den Sieg geknüpften Spekulationsinteressen mehr und mehr gefährdet erscheinen, Eingang gefunden. Vor einigen Tagen fand in London eine Versammlung von englischen Finanzleuten statt, der auch verschiedene deutsche Finanziers und Großindustrielle beiwohnten. Einer von diesen schilderte die wirtschaftliche Lage, welche für die deutsche Industrie und das deutsche Kapital durch den Burenkrieg geschaffen wurde, und erklärte, die deutschen Finanzleute seien entschlossen, alle Mittel anzuwenden, ein Ende des Krieges herbeizuführen. Die englischen Finanzleute erkannten an, daß der Krieg ein Ruin des englischen und deutschen Handels werden könnte, und stimmten der Ansicht bei, daß der Krieg auf irgend eine Weise beendet werden müsse. — Das mögen sie nur ihren bisher angebeteten Götzen Chamberlain und Rhodes klar machen. Nun werden die Finanzleute den Chauvinismus, welche sie selbst aufziehen halfen, nicht leicht los.

Wie England seine Soldaten behandelt, ist schon wiederholt der Gegenstand von Klagen gewesen. Das englische Nachrichten-Monopol in Südafrika verhindert die Bekanntgabe alles dessen, was der Regierung un bequem ist, sei es nun an Aktionen des Gegners oder an Vorkommnissen im eigenen Lager. Aber da man doch nicht jede Verbindung abschneiden kann, ist es stets nur eine Frage der Zeit, wann das Verheimlichte ruckbar wird. Neuestens berichtet „Daily Chronicle“ daß 32 Unteroffiziere und Soldaten der Neomanry, denen rückständiger Sold noch nicht gezahlt wurde, ein Schreiben an den König abgefaßt haben, in dem sie erklären, daß sie der Vertheilung von Medaillen an die aus Südafrika zurückgekehrten Krieger nicht beivohnen würden, weil sie keine Medaillen annehmen könnten, während ihre Frauen durch die Nachlässigkeit der Kriegsverwaltung Hunger litten. Die den Soldaten zustehenden Soldforderungen betragen zwischen 63 bis 127 Pfund Sterling pro Mann. Die „Daily News“ schreiben, daß viele Hunderte, zum Theil krank und arbeitsunfähige Soldaten nicht das Geringste von dem ihnen zukommenden Solde erhalten hätten. — Eine nette Wirtschaft, bei der die Kriegsbegeisterung mächtig zunehmen muß. Englands ganze Leistungsfähigkeit war bisher, daß es Geld hatte, und alles durch Geld Erreichbare sich verschaffen konnte. Spert es auch da?

### Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz. Wenn ein Burenkommandant fällt, wird er, auch wenn sein Kommando nur 20 Mann stark ist, von Lord Kitchener flugs zum General befördert. Es klingt so besser. So berichtet jetzt der „viedle“ Lord aus Pretoria vom 28. d. M., der Buren general Spruyt sei am 20. getödtet worden in dem Augenblicke, als er versuchte, die Eisenbahnlinie bei Balkfontein zu überschreiten. Lord Kitchener sendet gleichzeitig den Bericht eines Offiziers und von sechs Soldaten über die Erschießung von englischen Verwundeten durch die Buren. Einer der Zeugen spricht von vier Buren, die Mehrzahl jedoch nur von einem einzigen, der dies Verbrechen begangen haben sollte. Einer der Zeugen erklärt, der betreffende „Bur“ sei ein Deutscher gewesen. Widersprüche also über Widersprüche, bis sich schließlich das Ganze als eine englische Windbentelei entpuppen wird! — Aus Pretoria wird gemeldet: Englische Soldaten über-raschten einige Buren in den Höhlen des Lhdenburgers Bezirkes. Die Buren flüchteten mit Hinterlassung von Vorräthen, Nahrungsmitteln, Seidenstoffen u. s. w., die sie dort unter der Erde verborgen hatten. — Aus Middeburg wird unterm 24. Juli berichtet: „Zwei Rebellen“, Namens Jacobs und Zooste, wurden heute hingerichtet.

Eine „Raffan“-Depesche aus London meldet: Der Major von Kapstadt hat General Kitchener, die Herzog Edinborough-Freiwilligen aus dem aktiven Dienst zu entlassen, da sie

bereits 20 Monate ununterbrochen Dienst thäten. Kitchener erklärte, mit Rücksicht auf die unsicheren Zustände in der Kapkolonie sei eine Reduktion der Vertheilungstruppe nicht möglich. Die Freiwilligen seien nöthig, um kleine Trupps der Buren an Einfällen in die oberen Distrikte der Kolonie zu verhindern. Einige dieser Trupps wurden in letzter Zeit in der Nähe von Cradock, Jamestown, Moltens und Burgersdorp gesehen.

Im englischen Unterhaus theilte Montag der Finanzsekretär beim Kriegsamt Lord Stanley mit, daß sich die Zahl der Buren, die seit dem Ausbruch des Krieges gefangen genommen wurden oder sich ergaben, auf etwa 33 000 beläuft.

### Vereinigte Staaten.

Vom Streit der Stahlarbeiter. Dem „Standard“ wird aus New York gemeldet: Pierpont Morgan und Schaffer und ihre Untergebenen haben eine Konferenz gehabt. Das zu erwartende Abkommen wird den früheren Zustand herbeiführen. Der Stahlarbeiter-Verband tritt zweifellos von der Forderung zurück, daß der Trust sich zu einer Trade-Union-Vereinigung für alle Werke schriftlich verpflichten soll, während der Trust sich verpflichtet, in den nicht vom Verband organisierten Werkstätten die bisherigen Trade-Union-Löhne zu bezahlen, wodurch in fünf Fällen die Löhne gesteigert werden. Die Streikenden behalten ihre Organisation in den Werken, die sie zum Stillstand gebracht haben und in zwei Werken, von denen die Unternehmer behaupteten, daß sie nicht organisiert seien. Dann werden alle Werke ohne Schaden für die organisierten und nicht organisierten Arbeiter geöffnet werden. Die Unternehmer verpflichten sich, zwischen beiden keinen Unterschied zu machen und der Verband verpflichtet sich, seine Mitgliedschaft Niemandem aufzuzwingen und nicht die Unternehmer anzufinden, welche Nichtverhandler anstellen. Dazu bemerkt der Korrespondent: ohne Kraftprobe würde keine der beiden Parteien soviel zugeben haben. Das Abkommen stellt die gegenseitige Achtung her und verspricht der Industrie große Stabilität. Die Arbeiter haben gelernt, daß der Trust sich nicht einschütern läßt und der Trust hat gelernt, daß der Verband zwar besiegt werden kann, aber stark ist. Die Streikenden verdienen Anerkennung dafür, daß sie den Streit in ruhiger und sachlicher Weise geführt haben und der Trust Anerkennung dafür, daß er ohne Schädigung in einer weitherzigen, für Morgan charakteristischen Weise ein Abkommen herbeigeführt hat. — Wie man der „Transf. Bg.“ kabeit, werden die vom „Standard“ skizzirten Vorschläge des Trust am heutigen Dienstag der Exekutive der Stahlarbeiter beifällig Erledigung des Streits unterbreitet werden, und erst wenn die Exekutive sie angenommen hat, kann von einer Erledigung des Streiks die Rede sein.

### China.

Vom Chinawirrwarr. Die „North China Daily News“ berichten, daß angesichts der Erfolge des „Bundes der vereinigten Landleute“ in Tschili gegen die Truppen Li-Hung-Tschang's auch die Boxerbewegung in der Provinz Schantung wieder auflebe. Wie verlautet, erhielt Junglu die einträgliche Stellung eines Kontrolleurs bei dem Generalamt für Staatseinkünfte. — Oberleutnant v. Löffel meldet aus Tientsin: Oberleutnant v. Henrich vom 1. Kasinischen Infanterieregiment ist am 27. Juli auf einem Patrouillenritt bei Schanhaiwan im Schlo ertrunken. Zwei Muskeltiere, die ihn retten wollten, ertranken ebenfalls. Warum werden wiederum die beiden Muskeltiere nicht namhaft gemacht?

## Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 30. Juli.

Das Anwachsen der Sozialdemokratie verursacht der bürgerlichen Presse recht viele Kopfschmerzen. So schreibt das Amtsblatt:

„Die Reichstagswahlen in Memel und Dnißburg haben, wie der „Hann. Cour.“ darlegt, bei aller Verschiedenheit der lokalen Bedingungen doch ein Gemeinsames: den Rückgang bzw. Stillstand der bürgerlichen Parteien und das starke Anwachsen der Sozialdemokratie. In Memel betrug der Rückgang bei bürgerlichen Parteien zusammengenommen mehr als 2000, und annähernd ebenso groß war der Zuwachs der Sozialdemokratie. In Dnißburg-Ruhort ist allerdings kein Rückgang an bürgerlichen Stimmen festzustellen, aber der thatsächliche Stillstand bedeutet hier schon einen Rückgang. Denn seit den allgemeinen Wahlen von 1898 hat die Bevölkerung in Dnißburg um 13 000 Wahlberechtigte zugenommen. Die Stimmzahl der Sozialdemokratie hat sich um mehr als 6000, d. i. um weit über zwei Drittel der bei den vorigen Wahlen für sie abgegebenen Stimmen vermehrt. Diese Vermehrung ist ganz unverhältnißmäßig größer als bei den Wahlen von 1898 gegenüber denen von 1893! Damals betrug bei einer Zunahme der Wahlberechtigten um 16 000 die Zunahme der Sozialdemokratie noch nicht ganz 1700, diesmal bei einer Vermehrung der Wahlberechtigten um 13 000 etwa 6300. Während also damals von der Bevölkerungsvermehrung nur etwa 10 Prozent auf die Sozialdemokratie entfielen, sind es diesmal nahezu 50 Prozent. Die agitatorische Ausbeutung der angeführten Forderung und die wirtschaftliche Depression mögen, wie das Blatt bemerkt, zusammenwirken haben, um der Sozialdemokratie diesen Fortschritt zu ermöglichen. Wie dem auch sei: Memel und Dnißburg zeigen, daß die sozialistische Fluthwelle ihren Höhepunkt noch nicht überschritten hat.“

Aus diesen Zeilen spricht so recht der verhaltene Groll über den Siegeszug der Sozialdemokratie. Dieser Umstand wird aber das Amtsblatt nicht abhalten, vielleicht in den nächsten Tagen in gewohnter Weise über die „Mauferung“ und „Zerfegung“ der Sozialdemokratie zu orakeln.

Einen abermaligen Redaktionswechsel hat die „Eisenbahn-Zeitung“ zu verzeichnen, da der i. Ht. mit großem Tamtam eingeführte Chefredakteur demnächst schon wieder den Staub Lübecks von seinen Pantoffeln schütteln will. Jedenfalls hat er hier keine Vorbeeren ernten können, weshalb er sich, nachdem er kaum warm geworden ist, wieder auf die Wanderschaft begibt.

Strafkammer. Sitzung vom Montag. Vom Regen in die Traufe kam die Ehefrau R., die wegen einer unschönen Handlungsweise vom Schöffengericht zu 30 Mark Geldstrafe verurtheilt worden war, hiergegen jedoch Berufung einlegte, worauf auch die Staatsanwaltschaft die Berufungsinstanz anrief. Die Straftat, deren sich die Angeklagte schuldig gemacht haben soll, besteht darin, daß sie in der Nacht zum 31. Mai einem Nachbarn an der Wakenitz-

mauer einen großen Haufen menschlicher Exkremente auf dessen Stallbach warf. Die Angeklagte bestritt ganz entschieden ihre Schuld, wurde jedoch auf Grund der Zeugenansagen für überführt erachtet. Der Beweggrund zu der That scheint Nachsicht zu sein, denn die Beschmutzung des fraglichen Daches geschah bereits seit Jahresfrist, ohne daß es gelang, die Thäterin zu überführen. In der betreffenden Nacht bemerkte nun ein anderer Nachbar, daß die Angeklagte die Thäterin sei. Nach Vernehmung von 6 Zeugen beantragte der Staatsanwalt unter Verwerfung der Berufung der Angeklagten die Verurtheilung derselben zu 50 Mk. Geldstrafe. Das Gericht ging aber noch über diesen Antrag hinaus und erkannte unter Aufhebung des erstinstanzlichen Urtheils auf fünf Tage Haft. — Die jahrlässige Steuerhinterziehung ist nicht strafbar. Wie unseren Lesern wohl noch erinnerlich sein dürfte, hatte der hiesige Photograph W., weil er die rechtzeitige Zahlung der Fahrabgabe verweigerte, ein polizeiliches Strafmandat über 6 Mark evtl. 2 Tage Haft erhalten. Gegen diesen Strafbefehl erhob er i. Ht. beim Schöffengericht Widerspruch und erzielte damit seine Freisprechung, da das Gericht annahm, daß der Angeklagte nicht beabsichtigt habe, die Steuer zu hinterziehen, und die jahrlässige Hinterziehung nicht strafbar sei. Gegen dieses Erkenntniß legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein und vertrat die Ansicht, daß auch die Jahrlässigkeit getroffen werden müsse; ihr Antrag lautete auf Bestätigung des Strafmandats. Das Gericht schloß sich jedoch dem Erkenntniß des Vorderrichters an und erkannte auf Verwerfung der staatsanwaltlichen Berufung. Der Antrag auf Uebnahme der entstandenen Kosten seitens der Staatskasse wurde jedoch abgelehnt, da der Angeklagte selbst die Kosten durch seine Fahrlässigkeit verursacht habe. — Auf Verwerfung der Berufung erkannte das Gericht in dem Falle des Arbeiters S., der am 3. Juli an der Obertrave infolge Trunkenheit öffentliches Vergerniß erregt haben soll und dießhalb in Anbetracht seiner vielen Vorstrafen vom Schöffengericht zu 14 Tagen Haft verurtheilt worden war. Sowohl vor dem Schöffengericht als auch vor der Strafkammer bestritt der Angeklagte, betrunken gewesen zu sein. Auf Grund der Aussage eines Schutzmannes wurde jedoch die Berufung des Angeklagten verworfen.

Kleine amtliche Nachrichten. Für die Dauer der gleichzeitigen Abwesenheit der Senatoren Joh. Herm. Eichenburg und Dr. Fehling vom 30. Juli bis 3. Ab hat der Senat Senator G. m. r. der Verwaltungsbekörde für städtische Gemeindefachen beigeordnet und ihm den Vorsitz in derselben übertragen. Für die Dauer der Abwesenheit des Senators Dr. Bölsing vom 29. d. M. ab hat Senator G. m. r. den Vorsitz in der Steuerbekörde, Senator Dr. Eichenburg den Vorsitz im Stadtrathe übernommen. — Das Grischchen der Firma „Carl Grube“ ist in das Handelsregister eingetragen worden.

Zur Erleichterung des Verkehrs mit der Stadtkasse wird die zweite Rathhausstreppe an der Breitenstraße gegenüber der Hühnerstraße — Renanncurve — an den beiden Enden und den beiden ersten Wertagen jeden Monats während der Geschäftsstunden der Stadtkasse von 9—1 Uhr und von 3—5 Uhr geöffnet sein.

ph. Beim Baden ertrunken ist am Sonnabend Abend, wahrscheinlich infolge eines Schlaganfalles, ein jugendlicher Arbeiter aus Buntelsh. Die Leiche wurde Sonntag Vormittag aufgefunden.

Stokkeldorf. Auf die Parteiführung, die heute, Dienstag Abend 8<sup>1</sup> Uhr, im Lokale des Herrn Paetau in Sackenburg stattfand, sei hiermit nochmals mit der Bitte um zahlreiches Erscheinen der Genossen hingewiesen.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Der Polizeiverwalter in Zehoe verbot ohne Angabe von Gründen das Gewerkschaftsfest. Allerdings dürfte die Begründung auch keine allzu leichte sein, weshalb wohl nach dem bekannten Recepte verfahren wurde: Schweigen ist auch eine Antwort.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Beim Poliren geriet in Parchim die Kleidung eines Tischlergejellen in Brand. Trotz sofortiger Hilfeleistung erlitt der Bedauernswerthe schwere Brandwunden. — Dem Arbeiter Engelhardt in Weisenberg (Mecklenburg) wurde ein Kind ohne Augenäpfel geboren. Die Höhlen sind nur mit einer Haut ausgegandert. Sonst ist das unglückliche Kind gut und kräftig ausgebildet. — Der Urtheilbefehl zur Pfändung der beiden türkischen Kriegsschiffe in Kiel hat auf Intervention der Regierung zurückgenommen werden müssen, da unter Kriegsflagge liegende Schiffe dem Gerichtszwang fremder Länder nicht unterworfen sind. Der Rechtsbeistand des Klägers will jedoch gegen die Freigabe der Schiffe Beschwerde einlegen, weil ein in der Türkei gefälltes Urtheil vorliegt. — Der Oberleutnant J. S. Butterlin, der sich wegen Verunreinigungen am Sonnabend vor dem Kriegsgericht in Kiel zu verantworten hatte, hat gegen seine Verurtheilung Berufung eingelegt. — Die i. Ht. über den Redakteur der „Schlesw. Nachr.“, Stadtrath Bronhardt, seitens des Schöffengerichts in Schleswig wegen Beleidigung dänischer Richter verhängte Gefängnißstrafe von einem Monat ist durch den Kaiser in eine Geldstrafe von 100 Mark umgewandelt worden. — Die „Schlesw. Grenzpost“ meldet aus Lügumkloster (Schleswig), daß dort am Freitag und Sonnabend jurchbare Gewitter, begleitet von starkem Hagelschlag, herrschten. In der ganzen Umgebung wurde die Ernte völlig vernichtet. Sechs Geschöpfe wurden durch Blitzschlag eingedöhert, ein Mann vom Blitz erschlagen und eine Magd schwer verletzt. — In Hamburg ertranken am Sonntag zwei Brüder von 10 und 12 Jahren beim Baden in der Alster. — Beim Feueranmachen mittels Petroleum zog sich am 15. ds. Mts. der Arbeiter Melowski, als er sich in der Dampfzweigleis in Reithrook bei Hamburg Raffee kochen wollte, schwere Brandwunden zu, denen er nunmehr im St. Georgier Krankenhaus erlegen ist. — Aus dem Altonaer Gerichtsgefängniß ausgebrochen ist ein zu längerer Freiheitsstrafe verurtheilter Geldspindfader. Er hatte sich aus Berg eine Strickleiter verfertigt und war mittelst dieser aus seiner Zelle in der zweiten Etage auf den Gefängnißhof gelangt, woselbst er eine hohe Mauer erkletterte und entkam. — Während der Mittagspause entstand am Montag in den Lagerhäusern der Firma Eugen Hoffmann u. Co. in Bremen Feuer, das größere Dimensionen annahm. Abends 8 Uhr gelang es der Feuerwehr, den Brand zu lokalisieren. Zahlreiche Tabakballen sind durch Feuer und Wasser vernichtet.

Hamburg. Die Hamburger Behörde will „ihre Licht“ Leuchten lassen am Tage des Waldersee-



Kummels, wie man aus einem Rundschreiben erfieht, welches von Seiten des Bürgervereins Neustadt-Südteil an Anwohner der Hofengasse verhandelt wird. In diesem Schreiben fordert der Vorstand zur Illumination der Häuser auf und bemerkt, „daß die Behörde sich gern bereit erklärt, die dazu notwendigen Lichte zu liefern.“ Sodann wird um Aufgabe der erforderlichen Lichter gebeten. Der Patriotismus der Mitglieder des gen. Bürgervereins geht also nicht einmal so weit, daß er die Lichte zur Illumination auf dem Altar des Vaterlandes opfert. Die Behörde muß erst das nötige Geld auf die patriotischen Lampen gießen, damit diese ihr Licht leuchten lassen. Am Ende liefert die Behörde auch noch Kandiszucker und rohe Eier, um die heißeren Köpfe zum Hurraschreien zu präparieren, oder sie zahlt für jeden amtlich beglaubigten Hurraschrei 5 Pfennige, die gleiche Tare, die für todte Ratten in Ansatz gebracht worden ist. In Lübeck würden sich bei Annahme des letzteren Vorschlags die Hurraschreier um 100 pCt. besser stellen, da hier bekanntlich 10 Pf. für jede todte Ratte bezahlt werden.

**Hamburg.** Der Aufenthalt der Hamburger Waise Martha Cornelissen ist, wie das „Echo“ meldet, auf Grund der Veröffentlichungen durch die Presse nunmehr ermittelt worden. Bekanntlich hatte sich der Bruder 10 Jahre lang vergeblich bemüht, den Aufenthaltsort seiner Schwester von der Waisenhausverwaltung zu erfahren. Das Mädchen befindet sich auf der dänischen Insel Fanö und hat sich bereits mit ihrem Bruder in Verbindung gesetzt.

**Altona.** Im Wiedernahmeverfahren freigesprochen. Am 11. Januar war die unversehrte und mehrfach wegen Diebstahls vorbestrafte Auguste

M. vor der Strafkammer I des Landgerichts wegen Diebstahls angeklagt. Sie sollte, als sie am 11. September v. J. eine mit ihr in einem Hause zusammenwohnende Bekannte besuchte, derselben ein Portemonnaie mit 4,70 Mk., das unter einem Kopfstücken versteckt war und dem Bräutigam der Bekannten gehörte, gestohlen haben. Das leugnete die Angeklagte, wurde aber durch die Ehefrau Karstens, die ebenfalls bei der Bekannten zum Besuch gewesen war, schwer belastet. Da diese Zeugin unter Eid versicherte, daß sie selbst den Diebstahl nicht ausgeführt habe und bisher auch unbestraft sei, wurde die Angeklagte überführt erachtet und zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Bald darauf stellte sich heraus, daß die M. vielfach vorbestraft ist, worauf auf Antrag der verurteilten M. das Wiedernahmeverfahren eröffnet wurde. Die M. ist inzwischen wegen ebenfalls vom Schwurgericht verurteilt worden. Montag fand vor dem Landgericht die ernannte Verhandlung gegen die M. statt. Dieselbe endete mit der Freisprechung der Angeklagten, weil die Angaben der M. im Zusammenhang mit sonstigen Verdachtsmomenten nicht ausreichend erschienen, um zu einer Verurteilung gelangen zu können. Wer entschädigt nun die Freigesprochene für diesen Justiz-Irrtum?

**Bülow.** Keine Heldengeschichten. Von den Eltern eines Bülow'ser Chinakriegers wird der „B. Z.“ der Brief ihres Sohnes zur Verfügung gestellt, dessen einzelne Theile lauten:

„Wenn man so ganz abgeschossen ist von allem, was bessere Kultur heißt, so hat man das heimliche Gefühl doch, daß es in der fernsten Heimat doch tausendmal besser ist als hier zwischen den Chinesen. Mit Dame u. Kommando man nicht lustig sein, die haben alle Fälle, wie bei Euch ein Schwein sie hat, und dazu haben

sie sich noch verdeckt in Löchern in der Erde und einen Deckel oder Stroh darüber, daß man sie ja nicht zu sehen bekommt. Aber meistens entgehen sie dem spähenden Auge eines deutschen Soldaten nicht. Lieber Vater, vor dem Schießen der Chinesen braucht keine Menge zu haben, denn er brückt die Augen zu und drückt ab, die Kugel geht aber immer zu hoch und schlägt paar Hundert Meter hinter Dir ein. Es sind keine Heldengeschichten zu berichten, denn dazu hat wohl noch kein deutscher Soldat irgend einen Aufschuß geholt, außer denen vom 1. Gebatillon.“

Nach diesem Chinakrieger braucht also niemand vor dem Schießen der Chinesen bange zu sein und hatten deutsche Soldaten keine Gelegenheit zu Heldenthaten. Demgegenüber wollen wir daran erinnern, daß bereits als erste Klasse 90 Tausend Stück sogenannter China-Denklingen bereit liegen, mit denen die Mannstreiter dekoriert werden sollen. Die Denkmünze zeigt auf der Vorderseite über einem großen W die Kaiserkrone und rings um den erhöhten kranzartigen Rand die Inschrift: „Den siegreichen Streitern. 1900. China 1901.“ Die Rückseite zeigt in erhöhter Umrahmung eine sinnbildliche Darstellung: den seine Schwingen weit ausbreitenden Adler über allerlei Gewürm und Gethier. Der Entwurf rühmt vom Kaiser her.

**Sternshanz-Viehmarkt**

Hamburg, 29. Juli.

Der Schweinehandel verlief gut. Angeführt wurden 300 Stück, davon vom Norden — vom Süden — 100 Stück. Preis: — M. Verbandschweine, schwere 58—60 Mk. leichte 60—61 Mk., Sauen 45—52 Mk. und Berkel 58—60 Mk. pr. 100 Pf.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Die glückliche Geburt eines kräftigen gesunden Mädchens zeigen an **Adolf Stolle und Frau.** Lübeck den 28. Juli 1901.

Montag Vormittag erkrankte plötzlich und unerwartet unser lieber Vater **Diederich Steffen** im 62. Lebensjahre.

Tief betrauert von den Hinterbliebenen. **W. Orban und Frau,** geb. Steffen.

Die Beerdigung findet am Donnerstag den 1. August, Vormittags 11 Uhr, von der Kirchhof-Kapelle aus statt. Beginn der Feier 10<sup>30</sup> Uhr.

Unsern Collegen **R. Keller** zu seinem 35. Geburtstage die besten Glückwünsche.

**Logis für zwei junge Leute** Schwönelnquerstraße 15.

Ein jedn. Logis nach vorne zu verm. Finkenstraße 3a.

Ein Logis zu vermieten Augustenstraße 16a, 1.

Für sofort oder zum 1. Oktober sind billige Wohnungen und einzelne Stuben für alleinstehende Personen zu vermieten. Hafensstraße 52.

**Gesucht ein junger Anecht** bei hohem Lohn **H. Jessel, Schönbüden.**

**Niederlage für Schönberger Landbrot** gesucht Näheres **B. Lotzow, Meierstr. 43.**

Gesucht eine Familie, welche ein Kind von 4 Wochen in Kost und Pflege nimmt. Meierstraße 26.

Wegen Fortgangs von vier 2 wunderliche neue Betten preiswerth Blumenstraße 17, 1, am Lindenplatz.

**Fahrrad,** neu, sehr billig Finkenstraße 27, n. 1.

Empfehle mich zum Waschen u. Plätten Frau **Holst, Elbwigstraße 40a**

**Leere Farbetonnen** Set abzugeben Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

**Möbel-Fabrik** Hintze & Stech, Lübeck.

Empfehlen: Polstermöbel, feinste u. isierte Möbel, Spiegel, Stühle, Matrasen etc. Directer Verkauf an Private in der Fabrik **Maislinger Allee 60.**

**Achtung!**

Wer für wenig Geld gute haltbare Sohlen haben will, der wende sich an die neue Besohlung-Anstalt von **R. Schmidt, Sadowstraße 10.**

Bei mir kosten von heute ab: Herren-Sohlen 1,50 Mk., Abs. 50—60 Pf. Damen-Sohlen 1,— Mk., Abs. 40—50 Pf. Kinder-Sohl v. 60 Pf. an, Abs. v. 30 Pf. an. Nur fest und dauerhaft wie bisher. **R. Schmidt.**

NB. Auf Wunsch kann auf Sohlen wie Reparaturen gewartet werden.

**Engelsgrube 53 H. Mohr Schwönelnquerstr. 1**

**Möbel-Ausstattungs-Geschäft** empfiehlt sein grosses Lager in **Möbilen, einfach und elegant.** Großartige Auswahl. — Dauerhafte Arbeit. — Billige Preise. Verkauf auf Wunsch auch auf Theilzahlung. Ansicht gerne gestattet.

**Jeder Geschäftsmann**

ist gezwungen, in kleineren oder größeren Büchern Eintragungen zu machen. Contobücher und Rechnungen anzustellen etc.

Zu diesem Zwecke empfehlen: **Geschäfts-, Conto- und Notizbücher** in den verschiedensten Formaten, Rechnungsformulare mit Vordruck in Blöcken mit 50 Stück à 30—50 Pf.

Ferner: **Gleisfedern, Stahlfedern, Federhalter, Converts u. Papier mit und ohne Firmen-Aufdruck** und eruchen, den Bedarf zu entnehmen bei der **Buch- und Papierhandlung von**

**Friedr. Meyer & Co.**

Johannisstraße 50.

**Wichtig für jeden Arbeiter** ist das in jedem im Verlag von R. Lipinski erschienene: **Merkbüchlein über das Recht im gewerbl. Arbeitsvertrag.**

Bearbeitet nach dem Bürgerl. Gesetzbuch und der Reichsgewerbeordnung. Preis 10 Pfg.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**

**Kranken- u. Sterbefälle gewerblicher Arbeiter.**

**General-Versammlung**

am **Mittwoch den 31. Juli 1901** Abends 8<sup>1/2</sup> Uhr

im **Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.** Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal 1901. 2. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

NB. Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen. **Der Vorstand.**

**Scherm's Reisehandbuch für wandernde Arbeiter.** Mit einer Eisenbahn- u. einer Straßenkarte. Preis 1,50 Mk. Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

**Gesundheitschutz in Staat, Gemeinde u. Familie.** Herausgegeben von **Emanuel Wurm** unter Mitwirkung von Aerzten und Fachgelehrten. Erscheint in 25 Lieferungen à 20 Pfg. Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

**Fahrräder** und **Reparaturen aller Systeme.**

Sämtliche Ersatztheile stets auf Lager. **H. Benthien, Mechaniker,** Fackenburg Allee 53.

**Kranken- und Sterbefälle „Sidelitas“, G. S. Nr. 19**

**Extra-General-Versammlung**

am **Mittwoch den 31. Juli** Abends 9 Uhr

in den **Centralhallen (W. Borgwardt).** Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom verfloßenen Halbjahr 2. Vorstandswahl laut § 17. 3. Innere Kassenangelegenheiten. NB. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß diese Generalversammlung laut § 22 Abs. 3 beschlußfähig ist. **Der Vorstand.**

**Achtung! Sanitätsverband**

der freien Hilfskassen Lübecks. **General-Versammlung** am **Donnerstag den 1. August** Abends 8<sup>1/2</sup> Uhr

im **Vereinshaus, Johannisstr. 50/52** Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal 1901. 2. Wahlen. 3. Innere Verbandangelegenheiten. **Der Vorstand.**

**Quartettverein Amicitia.**

**Vogelschiessen**

am **Samstag den 4. August** im **Concordiagarten.** U. s. g. des Schießens Vorm. 11—1 Uhr. Nachm. von 4 Uhr: Concert und Schießen. Einführung gestattet. Ziehung der Tombola 9 Uhr. Saisonkarten haben keine Gültigkeit. **Der Vorstand.**

**Lustfahrt**

**Seedampfer „Livadia“**

**Donnerstag den 1. August** **Vormittags** Lübeck - Travemünde - Scharbeutz - Haffkrug - Holtentagen. Abfahrt von Lübeck 7<sup>1/2</sup> Uhr, von Travemünde 9<sup>1/2</sup> Uhr, Scharbeutz 9<sup>1/2</sup> U., v. Haffkrug 10<sup>1/2</sup> U. Ankunft in Holtentagen 12 Uhr Mittags. Rückfahrt von " 5 Uhr, von Haffkrug 5<sup>1/2</sup> Uhr, " Scharbeutz 7<sup>1/2</sup> U., v. Travem. 8 Uhr. Fahrpreis mit Rückfahrt: Lübeck-Travemünde 60 Pfg., Scharbeutz-Haffkrug 80 Pfg., Travemünde-Scharbeutz-Haffkrug 50 Pfg. Lübeck-Travemünde-Scharbeutz-Haffkrug-Holtentagen Mk. 1.20. Fahrkarten in Lübeck: in Travemünde: **Jude & Co. C. Westphal, Boderreihe.**



## Die Gewerkschaften und der Arbeitsvertrag.

Wp. Unter dem Einfluß einerseits der fortschreitenden Konzentration des Kapitals, die ein steigendes ökonomisches Uebergewicht der Großproduktion erzeugt und die Interessen aller anderen kapitalistischen Gruppen in den Hintergrund schiebt, andererseits der Gewerkschaften, die planmäßig in einer Fabrik nach der anderen die Arbeitsverhältnisse regeln, bildet sich schließlich für die Kapitalistenklasse selbst ein Geschäftsinteresse daran, gewisse allgemeine Normen in den Beziehungen zwischen den Kapitalisten und den Arbeitern festzustellen. Jeder Vortheil, den sich die Arbeiter in den einzelnen Fabriken erringen, macht die Unternehmer unter dem Druck der Konkurrenz zu Anhängern seiner Verallgemeinerung, seiner Ausbreitung auf alle übrigen Unternehmungen. Zu gleicher Zeit freilich wächst das Interesse der Unternehmer an der Bildung von Verbänden, um der Klassenorganisation des Proletariats die Klassenorganisation des Unternehmertums entgegenzusetzen. Schließlich ist die Kapitalistenklasse in ihrer Gesamtheit zur Zeit des guten Geschäftsgangs daran interessiert, daß Streiks möglichst vermieden werden (während der Handelskrisis dagegen werden die Streiks oft mit Absicht von den Kapitalisten provoziert). Das sind die Momente, welche, nach einer langwierigen Entwicklung, nach vielen opfervollen Kämpfen, in jedem Industrieland zur Etablierung gewisser allgemeiner Ausbeutungsnormen führen.

Jede Gewerkschaft hat die Tendenz, sich über das ganze Land auszubreiten. So entstehen die nationalen Gewerkschaftsverbände. Dabei darf man nicht außer Acht lassen, daß der Begriff der Gewerkschaft sich mit jener einer Berufsorganisation keineswegs deckt. Vor allen umfaßt jeder große Gewerkschaftsverband mehrere Berufe. Gewiß geht das Bestreben jeder Gewerkschaft dahin, alle Arbeiter, die innerhalb einer bestimmten Gewerbebranche am meisten mit einander in Konkurrenz treten, zu vereinigen. Es sind jedoch manchmal rein zufällige Umstände bei der Entstehung der Organisation, welche die Schranken ihrer weiteren Entwicklung bedingen. Von kardinaler Bedeutung ist, daß der technische Charakter der kapitalistischen Industrie eine strenge Scheidung der Berufe nicht zuläßt. Nach der deutschen Gewerbezahlung von 1895 gab es in den Großbetrieben der Industrie (mit über 20 Beschäftigten) unter einer Gesamtzahl von 3,6 Mill. Arbeitern 1,2 Mill., deren Beschäftigung anders war, als die eigentliche Gewerbeart der Unternehmung, der sie angehörten, z. B. Tischler oder Sattler in den Maschinenfabriken, Schlosser in den Glasfabriken, außerdem überall Fuhrleute, Knechte etc. Das Kapital ändert fortwährend die Produktionsmethoden, erfindet neue Maschinen, schafft neue Industrien — man denke nur an die Elektrotechnik, Farbenindustrie, Aluminium — damit zugleich wirt es die überlieferten Berufsunterschiede der Arbeiter durcheinander. Die Konzentration des Kapitals wiederum versammelt die Arbeiter verschiedener Industriebranchen innerhalb der Mauern einer einzigen kapitalistischen Unternehmung. Außerdem ändert die Entwicklung der Produktion den Inhalt des Baarenmarkts und bringt dadurch Produktionsarten, die soeben erst einander wildfremd waren, in nahe Beziehungen zueinander. Der Tischler und der Schlosser gehören doch offenbar total verschiedenen Berufen an. Aber als die Fabrikation eiserner Möbel sich rasch zu entwickeln begann, blieben viele Tischler ohne Arbeit. Andererseits giebt die Nähmaschinenindustrie auch den Tischlern Arbeit, welche die Schubkästen, Schubladen etc. machen. Sie arbeiten mit den Schlossern, Siedlern etc. in der gleichen Fabrik und haben mit ihnen gemeinsame Berufsinteressen. Kein Wunder also, daß es Gewerkschaften giebt, die sehr verschiedenartige Berufe zusammenfassen.

Die Normierung der ökonomischen Beziehungen zwischen der Kapitalistenklasse und der Arbeiterklasse, sofern diese Normierung auf dem freien Arbeitsvertrag beruht, d. h. nicht auf gesetzgeberischem Wege geschieht, vollzieht sich im Rahmen

der Industriebranche, die von dem Gewerkschaftsverband erfaßt wird. Diese Normierung bezieht sich auf die mannigfaltigsten Formen und Bedingungen der Ausbeutung. Ihre Hauptpunkte sind: Feststellung einer Norm des Arbeitslohns, besonders der Grenze seines Sinkens, und die Beschränkung des Arbeitstags.

Die Feststellung einer Norm des Arbeitslohns ändert ebensowenig an dem Charakter der kapitalistischen Ausbeutung, wie die Feststellung einer Norm des Profites oder des Darlehenszinses. Im Gegenteil, durch die Ungleichmäßigkeit des Arbeitslohns, sofern sie nicht durch Qualitätsunterschiede der Arbeit bedingt wird, wie auch durch die Ungleichmäßigkeit der Norm des Profites, wird die Erscheinungsform des kapitalistischen Wertgesetzes gestört und dadurch der geschwähzte Verlauf der Kapitalakkumulation, der Reichthumsaufhäufung. Von diesem Gesichtspunkte aus haben die Gewerkschaften in Bezug auf den Arbeitslohn die gleiche Arbeit geleistet, wie die Banken und Aktiengesellschaften — in Bezug auf die Norm des Profites.

Die Feststellung allgemeiner Normen der Ausbeutung trägt gewöhnlich einen zeitweiligen Charakter. Nach einem mehr oder weniger langwierigen und umfassenden Konflikt wird zwischen dem Gewerkschaftsverband als Vertreter der Arbeiter und den Unternehmern eine Vereinbarung getroffen, deren juristische Form sehr verschieden ist, die aber jedenfalls als ein Vertrag zu diesem Zweck erscheint, als eine Art diplomatischer Traktat zwischen den kämpfenden Mächten. In den Schiedsgerichten und Einigungskammern und ähnlichen Einrichtungen haben wir den Versuch vor uns, diesen Vereinbarungen einen ständigen Charakter zu verleihen. Ihr ganzer Sinn besteht gerade darin, daß sie dem Konflikt auf der einzelnen Fabrik einen allgemeinen, einen Klassencharakter verleihen. Die Unterhandlungen werden nicht mehr zwischen dem einzelnen Unternehmer und seinen Arbeitern geführt, sondern zwischen den Vertretern einer ganzen Gruppe von Unternehmern einerseits und den Gewerkschaften als Vertreterin der Arbeiterinteressen andererseits. Thatsächlich gelingt es in manchen Fällen dadurch, daß man die Klasseninteressen an Stelle der persönlichen in den Vordergrund treten läßt, gewerkschaftliche Konflikte beizulegen. Soweit es sich nur um Abweichungen von den allgemeinen Ausbeutungsnormen handelt, an deren gleichmäßiger Durchführung die Unternehmer selbst als Klasse interessiert sind, könnte die Entscheidung eines derartigen Schiedsgerichts mehr oder weniger unparteiisch sein. Die Praxis hat jedoch gezeigt, daß selbst in diesem beschränkten Wirkungsbereich die Schiedsgerichte die seitens der Arbeiter gehegten Hoffnungen nicht rechtfertigen. Gelegentlich werden sie einfach zum Werkzeug in den Händen einer mächtigen Kapitalistengruppe, die dabei ihre besonderen Ziele verfolgt. Oft wiederum glaubt der mit der Entscheidung des Schiedsgerichts unzufriedene Unternehmer, keineswegs sein persönliches Interesse dem Klasseninteresse des Kapitals unterordnen zu müssen, und handelt nach eigenem Belieben. Stets und immer aber, wenn es sich nicht mehr um gelegentliche Abweichungen einzelner Unternehmer von den durch Vertrag oder Gewohnheit festgesetzten Ausbeutungsnormen, sondern um diese Ausbeutungsnormen selbst handelt, um eine allgemeine Erhöhung des Arbeitslohnes oder um eine allgemeine Kürzung der Arbeitszeit, mit anderen Worten, nicht um den Ertragsprozent, den der einzelne Kapitalist durch verschärfte Ausbeutung aus seinen Arbeitern preßt, sondern um die allgemeine Rate des Mehrwerts, da verlieren die Schiedsgerichte jede Bedeutung, und die Frage wird einfach durch das Uebergewicht der Macht entschieden. Das zeigt die Praxis der Schiedsgerichte in England wie auch in allen anderen Ländern.

Mit den Schiedsgerichten, Einigungskammern etc. ging wieder ein Traum der Sozialreformer in Seifenschaum auf. Selbst die Webbs, denen man doch alles eher als revolutionären Doktrinarius vorwerfen kann, anerkannten, daß in Bezug auf diese Einrichtungen eine vollständige und berechtigte Enttäuschung unter den englischen Arbeitern eingetreten

sei. Sie messen ihnen nur noch eine formelle Bedeutung bei, wenn es sich um Auslegung zwischen Unternehmern und Arbeitern getroffene Abmachungen handelt. Der Abschluß eines neuen Arbeitsvertrages ist stets eine Frage der Macht, also des proletarischen Klassenkampfes.

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** 225 Krefelder Sammelheuerer haben nach der „Köln. Volksztg.“ am Sonnabend ihre Kündigung eingereicht; sie fordern eine 20 prozentige Lohnerhöhung. — Die 158 Angestellten der Breslauer Packetfahrt-Gesellschaft sind in eine Lohnbewegung eingetreten; sie beschließen, eine jedes Dienstjahr wiederholte monatliche Gehaltszulage von 3 Mk. bis zum Maximum von 150 Mark für Expedienten und 120 Mk. für Kulischer, Pader etc. zu fordern; weiter werden verlangt 12 stündige Arbeitszeit mit zwei Stunden Mittagspause, 50 Pfg. für Ueberstunden und zwei freie Sonntage im Monat. Die Petenten haben ein Anfangsgehalt von 50—70 Mk., die meisten sind verheiratet. — Die Kohlenarbeiter in Bordeaux sind Sonnabend in den Streik eingetreten. — Infolge nicht bewilligter Sonntagsruhe ist in Belgrad ein allgemeiner Streik der Warbiergehülfe ausgebrochen; die Freiseurgeschäfte mußten geschlossen werden.

**Zum Generalkonferenz der Flaschenmacher.** Genosse Horntheil der „Sächs. Arb.-Ztg.“ mit, daß weder Herr Popelius, der Vorsitzende des Verbandes der Glasindustriellen, noch eines der Mitglieder der Vereinigung der Flaschenfabrikanten auf seinen Friedensvorschlag in letzter Stunde auch nur geantwortet haben; die Oldenburger Glashütte hat sogar die Annahme des Briefes (auf dem Umschlag stand die Firma des Absenders) verweigert. Daraus sieht man deutlich: die Herren wollen keinen annehmbaren Frieden, sie haben es auf die völlige Vernichtung der Organisation abgesehen. Das beweist auch dieses prophanhafte Verhalten wieder. Die Glasarbeiter müssen alles daran setzen, diesen Unternehmerübermuth zu beugen. — In Dresden und seinen Vororten traten Sonnabend bereits 700 Flaschenmacher in den Streik.

**Ein Arbeiterinnenstreik in Ungarn.** In Neufaz wurden die 350 Arbeiterinnen der dortigen Seidenfabrik durch fortgesetzte Quälereien, moralische Mißhandlungen und Lohnkürzungen in den Streik getrieben. Sie verdienen bei einer Arbeitszeit von früh 5 bis Abends 7 Uhr 25 bis 45 Kreuzer im Ufford. Dabei wurden sie empörend behandelt und mußten sich stets horrende Geldstrafen gefallen lassen. Sie entschlossen sich endlich, obwohl sie gänzlich unorganisiert sind, zu streiken, und stellten Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit, geregelte Pausen, Lohnerhöhung und anständige Behandlung. Sie hatten, da der Fabrikdirektor wenigstens die Verkürzung der Arbeitszeit zugestanden hatte, die Arbeit bereits wieder aufgenommen. Da holte er sich dann eine „Rädelsführerin“ heraus und wollte sie in seinem Kontor prügeln. Darauf drohten ihm die Anderen, sie würden die Thür erbrechen und ihn todt schlagen, wenn er ihre Genossin nicht freilasse. Es kam zur erneuten Arbeitseinstellung und obwohl der Direktor die Fabrikthore schließen und die Polizei rufen ließ, blieben die Arbeiterinnen fest. Sie ließen sich nicht mehr zur Arbeit zwingen. Der Direktor verstand sich schließlich unter Beistand des Oberstadthauptmanns zu Verhandlungen. Es wurde eine erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit mit geregelten Pausen vereinbart, 10 Kreuzer Lohnerhöhung pro Tag und Einschränkung der Geldstrafen. Niemand wird gemahregelt. Diese Bedingungen wurden von beiden Theilen angenommen, vom Oberstadthauptmann authentifizirt und von einem mitanwesenden serbischen Popen — gesegnet!

**Kindersterblichkeit bei Reichen und Armen.** Im Gemeinderath von Gent (Belgien) hat Genosse Ansele einen Bericht über die Sterblichkeit der Kinder erstattet,

## Judith Traugtenberg.

Erzählung von Karl Emil Franzos.

(14. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Ein sentimentalere Mensch, dachte der Kommissar, merkwürdig, die meisten Menschen sind sentimental. Zu sprechen wagte er nicht. So fuhren sie langsam dahin; die Dämmerung war der Nacht gewichen; da sie sich nun den Bergen näherten und der Boden anstieg, schleppten die ermüdeten Pferde den Wagen nur im Schritt durch den Schlamm empor.

Endlich hielt er ganz. „Was giebt's?!“ rief der Kommissar und beugte sich aus dem Fenster.

„Ich weiß nicht,“ erwiderte Fedko. „Uns entgegen kommen zwei Kelter mit Fackeln und hinter ihnen ein Wagen. Ich muß anhalten, damit wir auf dem schmalen Wege an einander vorbeikönnen.“

Es waren gräßliche Diener, im Wagen saß der Kastellan. Er trat an den Schlag. „Endlich, Herr Kommissar! Haben Sie den Arzt mit? Der Herr Graf ist außer sich und sandte mich aus, nach Ihnen zu suchen.“

„Ist eine Verschlimmerung eingetreten?“ fragte der Arzt.

„Ich weiß nicht,“ erwiderte der Kastellan bekümmert. „Es war von Anbeginn schlimm genug. Das heftigste Fieber! Zwei Mägde vermögen die Aermste kaum auf dem Lager zu erhalten. Wenn die Herren in meinen Wagen übersteigen wollten — die Pferde sind milder ermüdet, da könnten wir in einer halben Stunde im Schlosse sein.“

Schloß Borky war ursprünglich nur ein Jagdhaus der Baranowski gewesen; erst das jüngst verstorbene Haupt des Geschlechts, ein menschenfeindlicher, unbeweihter Sonderling, hatte das kleine Bauwerk zum Wohnhaus erweitert. Auf einer der ersten, sanften Höhen des Waldgebirges gelegen,

bot es einen weiten Blick in die Ebene hinein. Die Aussicht war im Grunde sein einziger Schmuck, auch der Garten war groß, aber reizlos. Der Teich, an dessen Ufern heute jenes verzweifelte Ringen stattgefunden, war künstlich in das Plateau hinter dem Hause eingegraben.

Als sie das Haus erreicht und den Flur betraten, kam ihnen der Graf entgegengeflürzt. „Dr. Reiser!“ rief er und faßte die Hand des Arztes. „Kommen Sie!“

Er führte ihn die Treppe empor und durch eine Flucht von Zimmern, bis sie in der Krankenstube standen. Da ruhte Judith, das hagere Antlitz todtbleich, die Stirn von Schweiß bedeckt, das goldrothe Haar in wirren Strähnen an den Schläfen klebte. Die Augen waren geschlossen, die Glieder bebten im Fieberfroß. Zwei Wärterinnen, derbe Mägde mit stumpfen Gesichtern, kauerten am Fußende des Lagers. „Sie schläft,“ flüsterte der Graf.

Der Arzt schüttelte den Kopf, trat leise heran und blickte auf die abgekehrten, erblichenen Züge des jungen Weibes, welches er wenige Wochen zuvor als blühende Schönheit gekannt. Sein Herz krampfte sich zusammen, er mußte jenes Rosenstrauchs gedenken. . . Sie schlug die Augen auf; der irre Schein des Fiebers glomm in ihnen. „Agenor!“ murmelte sie.

Er eilte herbei und beugte sich zärtlich über sie. „Hier bin ich, was befiehst Du?“

„Agenor!“ schrie sie auf. „Erbarne Dich, laß mich sterben!“ Sie suchte sich emporzuraffen, er drückte sie sanft in die Kissen nieder. „Erbarmen!“ wiederholte sie wimmernd, unter heftigem Sträuben. „Du mußt doch selbst einsehen, daß ich so nicht länger leben kann. . . Ich will Dir nicht fluchen, ich will Dich segnen, aber Du mußt mich sterben lassen. . . Da ist schon der Teich. . .“ Wieder mußte der Graf sie niederhalten, bis der Paroxysmus vorbeigewar.

„Das geht nun so seit vierzehn Stunden,“ flüsterte er dem Arzte zu, „nur daß Frost und Blut wechseln. Aber

sie wird nicht müde, dieselben Worte zu rufen. Es ist herzerreißend.“

„Ja, es ist herzerreißend,“ erwiderte dieser ebenso leise, aber die Worte waren kalt und scharf wie ein Dolchstich. Wieder trat er dicht ans Lager heran. Mit Ausnahme einiger Kontusionen an den Händen und eines Schnittes über die rechte Wange, der wohl von dem scharfen Blatte einer Sumpfsilke herrührte, waren keine Verletzungen an ihr zu sehen. Er versuchte die Temperatur zu messen und fühlte nach dem Puls. Sie schlug bei der Berührung die Lider auf und starrte ihn an. „Dr. Reiser!“ schrie sie plötzlich auf. „Sie sind gut. . . lassen Sie mich zum Teich! Sie sind ja ein Freund meines Vaters. . . ich muß meinem Vater die Schande ersparen.“

Der Arzt deckte sie sorglich zu, dann schritt er hinaus, ins Nebenzimmer. Agenor folgte ihm. „Was sagen Sie?“ fragte er angstvoll.

„Der Arzt hat da nicht viel zu sagen“, erwiderte der alte Herr barsch. „Die äußeren Verletzungen sind nicht nennenswerth; eine Entzündung der Lungen oder des Gehirns scheint nicht im Anzug; das Fieber ist heftig, aber nicht übermäßig und durch den Vorfall am Morgen durchaus erklärlich. Wäre sie im Gemüth ruhig und nur etwa durch einen Zufall ins Wasser gekommen, so könnte sie übermorgen das Bett verlassen.“

„So aber —?“ fragte der Graf angstvoll.

„Wird's ein schlechtes Ende nehmen. Beschwören kann ich's nicht, aber es ist meine Ueberzeugung. Ich hoffe, sie wird morgen bei klarem Bewußtsein sein. Aber was soll das nützen?! Ist ihre Todessehnsucht nur eine Ausgeburt des Fiebers? Sie wird morgen bestimmt weder Sie noch mich bitten, sie sterben zu lassen, sondern selbst darnach trachten.“

Agenor rang die Hände. „Ich will ja alles ausbieten, sie zu beruhigen. Sie sieht nur alles zu schwarz, vielleicht gelingt es mir, sie davon zu überzeugen. Ich will sie ja



woraus hervorgeht, daß von 100 Kindern aus den wohlhabenden Klassen der Bevölkerung nach 7 Jahren nach der Geburt noch 90 Proz. leben, was einer Sterblichkeit von 10 Proz. gleichkommt, während von 100 Kindern aus der Fabrikarbeiterbevölkerung nach 7 Jahren noch 59 leben; das ist eine Sterblichkeit von 41 Proz. Die Gemeinde ist nicht in der Lage, diese Dinge zu beseitigen; wohl aber kann sie durch Verbesserung der Wohnungen und bessere ärztliche Fürsorge etwas zur Besserung dieser Zustände beitragen.

**Preussische Beispiele verderben Menschliche Sitten.**  
Aus Thüringen schreibt man der „Vollstz.“: Wenn man sich irgendwo zu einer reaktionären Leistung aufschwingt, dann kann man immer sicher sein, daß dieses Beispiel in Thüringen schleunigst Nachahmung findet. Die wenigen Arbeitersekretariate, die hier bestehen, wurden stets von einigen Behörden mit Scheelen Augen angesehen und nachdem nun ein Breslauer Gericht das Arbeitersekretariat Neuthen als einen Gewerbebetrieb erklärt hat, beist sich der Stadtrath zu Gera, das dortige Auskunfts-Bureau der Gewerkschaften auch als einen Gewerbebetrieb zu erklären. Ein Passus in dem Bescheid lautet: „Wie polizeilich festgestellt worden ist, fertigen Sie als gegen Entgelt angestellter Sekretär bzw. Angestellter des Geraer Gewerkschaftssekretariats für die Mitglieder desselben und andere Personen schriftliche Arbeiten, wie Eingaben an Behörden u. und geben außerdem Auskünfte und Rathschläge in Lohn- differenz, gewerkschaftlichem Streit und dergl. Sach, ohne die zur Verfolgung fremder Rechtsangelegenheiten u. erforderliche Erlaubnis nach § 35 der Gewerbeordnung zu besitzen.“ — Gleichzeitig wird dem Sekretär auf Grund seiner Vorstrafen der „Gewerbebetrieb“ unter sagt. Wie bei allen Arbeitersekretariaten ist auch bei dem Auskunfts-Bureau in Gera die Ertheilung von Auskünften und die Anfertigung von Schriftsätzen unentgeltlich. Die Vorstrafen des Sekretärs sind gegen denselben in seiner früheren Eigenschaft als Redakteur wegen Preßvergehens erfolgt. Beschwerde an das preussische Ministerium ist bereits erfolgt.

**Als Gedenk- und Erinnerungsbild an Wilhelm Liebknecht** hat der „Wahre Jacob“ die 16. Nummer seines 18. Jahrganges, die Sonntag hier in Lübeck zur Ausgabe gelangt, erscheinen lassen. Auf der ersten Seite des Gedenkblatts zeigt sich uns ein stimmungsvolles Bild, einen Denkstein für den todtten Vorkämpfer darstellend, an dessen Stufen die heranwachsende Jugend Blumen und Kränze niederlegt, während ältere Zuschauer diesem Vorgang mit andächtiger Theilnahme folgen. „Nach einem Jahre“ heißt das Gedicht, das Rudolf Lavant dem „Alten“ gewidmet hat. In einem inhaltreichen Artikel hat Viktor Adler in Wien die Bedeutung Liebknechts gewürdigt. Außerdem sind eine Reihe hervorragender Zitate aus Liebknechts Reden und Schriften wiedergegeben. Aus dem politisch aktuellen Theile der Nummer erwähnen wir, daß das farbige Titelbild „Die amerikanische Invasion“ in drastischer Weise die Gefahr veranschaulicht, die der europäischen Produktion von Amerika aus droht und die, wie die Unterschrift zeigt, von Wilhelm Liebknecht schon 1887 deutlich erkannt worden ist. Das zweite Bild „Vaterländische Spiele“ verparodiert in derbem Humor das von Bülow u. Komp. arrangirte „Springen nach der Brautwurk“, wobei das eine Mal der Doppeltarif, das andere Mal die Handelsverträge als Lockspeise ausgehängt werden. Auch sonst ist die Nummer noch reich an politischer Satire, so daß wir die Anschaffung derselben unseren Lesern nur empfehlen können. Der Preis der Nummer beträgt 10 Pfennig.

## Aus Nah und Fern.

**Kleine Chronik.** Der Koffatengutsbesitzer Reinhold Mehl in G r e s d o r f bei G o l s t e n ermordete nach vorangegangener Streit seine ihm erst vor einigen Wochen ange- traute zweite Ehefrau. Um den Verdacht von sich abzulenken, hängte er dann die Ermordete am Kleiderschrank auf. Der Mörder wurde dem Untersuchungsgefängnis in Kottbus zugeführt. — Die Erdstöße im oberen Vogilande wiederholten sich, wie man aus P l a u e n meldet, in der Nacht zum Sonnabend Morgen. Sie übertrafen an Stärke alle dies- jährigen und waren von heftigem unterirdischen Donner be-

nicht verlassen, ihrem Schicksal preisgeben — niemals! Und wenn ich sie auf das sorgfältigste überwache und überwachen lasse . . .

Der Arzt schüttelte das Haupt. „Nichts da!“ sagte er hart. „Ob und wie Sie das arme Ding beruhigen können, ist Ihre Sache. Aber mit dem Überwachen bleiben Sie mir vom Leibe, da hab' ich meine Erfahrungen. Und wenn es gelänge, so wäre der Erfolg nur eben ein Unterschied der Todesart. Dann stirbt Sie eben nicht im Leich, sondern am Zehrfieber in ihrem Bett. — Gebrochenes Herz — Unstinn! das giebt's nicht, das sieht nur in Romanen — aber Zehrfieber, lieber Herr, das giebt's! Ich habe die Judith vor etwa sechs Wochen gesehen und heute wieder; ich muß Ihnen sagen; sie ist auf dem Weg dazu. Für mein Gewissen wäre dieser Unterschied der Todesart nicht sehr beträchtlich; wie Sie es auffassen wollen, muß ich Ihnen überlassen.“

Er trat an seinen Medikamenten-Kasten und begann einen Trank zu mischen.

Der Graf seufzte tief auf. „Herr Regimentsarzt,“ sagte er, „Sie beurtheilen mich sehr hart. Und ein Mann wie Sie kennt doch das Leben. Sie wissen, wie selten solche Affären tragisch ausgehen. . . Ich schwöre Ihnen, ich fasse meine Verpflichtungen gegen Judith sehr ernst auf. Aber eine Heirath wäre moralischer Selbstmord — das müssen Sie einsehen.“

Der Arzt wandte sich jäh herum und kehrte ihm sein Antlitz zu; es war sehr finstern. „Das seh' ich auch voll- ständig ein!“ sagte er nickend. „Aber darf man einen physischen Mord begehen, um sich den moralischen Selbstmord zu ersparen?“

Der junge Mann wich einen Schritt zurück. „Was soll ich thun?“ höhnte er.

Dr. Reiser zuckte die Achseln. „Wählen!“ sagte er. „Wählen, was Ihnen leichter scheint. Ueberlegen Sie sich die Sache. . . Sie sehen übel aus, schlafen Sie! Für diese Nacht übernehme ich alle Bürgschaft. . . Gute Nacht, Herr Graf!“

Er ging in die Krankenstube. Agnor starrte ihm lange nach; dann seufzte er tief auf, ging in sein Schlafzimmer und warf sich dort im Dunkeln auf einen Kuchstuhl nieder.

gleitet. Theilweise ergriffen die Gebäude. Die Erdstöße verliefen in der Richtung von Nordost nach Südwest. — In G e l l e h a u s e n (Eichfeld) befanden sich der Oberholz- hauer Rohmann und dessen vierzehnjährige Tochter während eines Unwetters auf dem Felde. Da an ein Entkommen nach dem Dorfe nicht mehr zu denken war, hatten beide sich in einen Kornhaufen geflüchtet. Unglücklicherweise fuhr der Blitz in diesen Haufen und tödtete Vater und Tochter auf der Stelle. — Der 16 Jahre alte Kaufmannslehrling Elsner in W i e s e n b u r g (Markt) wurde Freitag aus Unvorsichtig- keit von seinem 14 jährigen Bruder, dem Seminarist Elsner, erschossen. Beide Brüder saßen im Expeditionszimmer des Vaters, der in der dortigen Bezirksanstalt Hausverwalter ist, an den Kasten mit Schreiben beschäftigt. Als der jüngere in dem Pult des Vaters nach einer neuen Feder suchte, fiel ihm ein Tesching in die Hände. Wüthlich brachte ein Schuß und der ältere Bruder sank mit lautem Aufschrei zu Boden. Das Tesching war geladen und der Schuß war Elsner in die Schlagader des Halses gedrungen. Er trat infolge Verblutung so rasch ein, daß ein herangerufener Arzt nicht mehr zu helfen vermochte. „Fried ist unschuldig, er kann nichts dafür“, waren die letzten Worte, die der Sterbende den Eltern zurief. — In F l e i n bei Heilsbrunn ist das Wohnhaus des Schreinermeisters Ott eingestürzt. Die Frau des Besitzers fand dabei den Tod, sie wurde völlig zerquetscht. Ott erlitt lebensgefährliche Verletzungen, während zwei Kinder, die im gleichen Zimmer schliefen, un- verletzt blieben. — Das fünfzigste Jahr ihres Anstehens in der Landesirrenanstalt in W i e n schloß dieser Tage die 68 jährige Wiener Bürgerstochter Katharina Schotola ab. Als achtzehnjähriges Mädchen wurde sie von der Bahndiebe befallen, die Kaiserin Eugénie zu sein, an welcher sie heute noch leidet. Infolge dessen wurde sie damals wegen unheil- baren Irrens in die Anstalt aufgenommen. Im übrigen ist sie ruhig und körperlich vollkommen gesund, kann also noch viele Jahre in der Anstalt verleben. — In dem Dorfe S a n C e s a r i o bei Bologna (Italien) wurde der Dach- boden des Schulhauses als Getreideniederlage benutzt. Cines Mittags brach unter der Last des in den letzten Tagen aus- gedroschenen Weizens der Dachboden zusammen. Die Trümmer durchschlugen auch die Dede der Schul- stube und tödteten sechs Schulkinder. Die Lehrerin und vier andere Kinder wurden schwer verwundet. — Das städtische Volkstheater in S a r a t o w in Rußland brannte Freitag nieder. — Die an Explosionsorte in B a t u m angestellten Ausgrabungen sind noch nicht beendet. Ungekommen sind nach bisherigen Feststellungen ein Oberst- leutnant, ein Leutnant, ein Kapellmeister und etwa 30 Sol- daten, verwundet sind 30 Soldaten. Die Gebäude in der Nähe des Explosionsortes sind beschädigt, viele Fensterscheiben zertrümmert; die Telegraphen- und Telephonleitungen haben stark gelitten, waren Freitag abends aber wieder reparirt. — Wegen Mordes stand jüngst zu C o n s t a n t i n e (Aegypten) vor dem Schwurgericht der Besitzer des Sahara-Hotels der Dase B i s t r o, Antoine Dufour. Er hatte eine Pariserin geheirathet, die sich in das algerische Leben nicht schicken konnte. Trog- dem das Ehepaar zwei Kinder bekam, war die Ehe nicht glücklich, und bald wurde der Notar des Ortes, Capaigne, der Vertraute der Gastwirthsfrau. Dufour stellte den Weiben eine Falle und überraschte sie, während man ihn auf der Jagd währte, in seinem Hause. Er tödtete den Notar durch drei Revolvergeschüsse. Der Wahrspruch der Geschworenen lautete auf nichtschuldig.

**Wegen Gotteslästerung** verurtheilte die Straf- kammer in B a m b e r g den Maurer Theodor K r a p p zu einem Jahre Gefängnis. Die sofortige Ver- haftung des Verurtheilten wurde angeordnet. Die Haupt- belastungszeugen wurden vom Vorsitzenden gerügt, weil sie die Frage, ob sie an der Gotteslästerung „Aergerniß ge- nommen“ hätten, verneinten.

**Chronik der Majestätsbeleidigungs- Prozesse.** Vor der Strafkammer in C l a s h hatte sich der 62 Jahre alte domizilllose Topfstricker Martin L a n k e aus Böhmen wegen Beleidigung des Kaisers zu verant- worten. In nichtöffentlicher Sitzung wurde der aus der Untersuchungsanstalt vorgeführte Angeklagte schuldig befunden, im Mai dieses Jahres in einem Gasthause in b ö h m i s c h e r

So sah er wohl eine Stunde und zermarterte sein Hirn: Mord oder Selbstmord — gab es wirklich kein Drittes?

Ein Klopfen an der Thür ließ ihn emporfahren, es war der Kapellan. „Herr von Wroblewski läßt er fragen, ob Sie ihn heute noch sprechen wollen. Sonst läge er schlafen.“ An diesen Mann hatte er in seinem Zimmer gar nicht ge- dacht. Ein Schurke, der ihm bisher zum Schlimmen ge- rathen, aber doch sein einziger Vertrauter in dieser Sache — so hatte er auch heut' morgens in seiner Hilflosigkeit zuerst an ihn gedacht. „Ich komme!“ rief er hastig.

Er traf seinen Gast im Speisezimmer des Erdgeschosses. Das vorgelegte Mahl hatte er verzehrt, nun lag er bei Wein und Zigarre behaglich im Lehnstuhl ausgestreckt. „Verzeihen Sie —“ begann der Graf.

„Bitte, bitte! Sie haben jetzt schwerere Sorgen! Ich ließ nur fragen, weil ich wirklich etwas müde bin. . . Sehen Sie sich zu mir und lassen Sie mich wissen, womit ich Ihnen dienen kann. Daß ich wirklich Ihr Freund bin, sehen Sie; es ist mir auf Ehre nicht leicht gefallen, Amt und Familie im Stiche zu lassen. . . Nun aber, Kopf auf, Graf! Erzählen Sie. . .“

„Ich danke Ihnen. Was sich heut' morgens hier be- geben hat. . .“

„Weiß ich,“ fiel der Beamte ein, „versteh' es aber doch nicht ganz. Verzeihung, Graf, es soll kein Vorwurf sein, aber Sie scheinen nicht ganz vorsichtig gehandelt zu haben. Als Sie mir bei unserer Unterredung, am Abend vor der Entführung andeuteten, das Mädchen werde es vielleicht tragisch nehmen, und Ihr Gewissen gestatte es Ihnen daher nicht und so weiter — was erwiderte ich da? Ihr Ge- wissen? Das ist Ihre Sache! Ueberlegen Sie's.“ Nun dacht' ich: Der Graf kennt die Judith genauer als ich und weiß besser, wie er mit ihr steht; entweder findet er seine Be- denken nicht gerechtfertigt und dann thut er's, oder sie scheinen ihm nach genauer Erwägung begründet, und dann hole ich mir eben aus Freundschaft am offenen Fenster ver- geblich einen Schnupfen. Sie kamen, Ihr Gewissen war also ruhig, und das mußte auch mir genügen. . .“

„Und so sprechen Sie zu mir?“ rief der Graf. Dem Beamten schien es richtig, den Sinn des schmerz- vollen, empörten Ausrufs mißzuverstehen. „Natürlich!“

Sprache Aeußerungen gemacht zu haben, welche für gekrönte Haupter und namentlich für den deutschen Kaiser, wie das Urtheil sagt, verlegend waren. Erkannt wurde auf vier Monate Gefängnis.

**Chronik der Begnadigungen.** Wie der „Schwab. Tagwacht“ in Stuttgart mitgetheilt wird, ist der fr ü h e r e Pfarrer Faulhaber, welcher wegen der bekannten großen Betrügereien zur Verbüßung seiner 28 monatlichen Gefängnißstrafe in Rottenburg war, nach Verbüßung von 14 Monaten im Wege der Gnade vorläufig ent- lassen. Inhaber, welcher vom Arzte als krank erklärt war und dementsprechend eine bessere Kost erhielt, hat auch durch weitere ihm eingeräumte Vergünstigungen ein ganz be- schauliches Dasein in Rottenburg geführt. Er trug seine eigene, keine Gefangeneneinkleidung, durfte sich ohne Aufsicht im Freien ergehen, wurde von den Aufsehern in zuvorkom- mendster Weise geehrt und mit „Herr Pfarrer“ an- gesprochen und hatte zu seiner Bedienung einen anderen Ge- fangenen.

**Zu einer aufregenden Szene** kam es bei einer Ver- handlung des Kriegsgerichts in Dresden unter Vorsitz des Prinzen Johann Georg. Der Mißhandlung und der Anstiftung hierzu war der Unteroffizier D. A. Thiel von der 3. Kompagnie des Schützenregiments Nr. 108 angeklagt. Der Sch ü ß e S c h r e i b e r war von diesem mit Schlägen traktirt worden und sollte von der Mannschaft auf Veranlassung des Thiel „geschäftet“ werden. Aus Furcht vor diesem Akt hatte sich Schreiber den Hals zu durchschneiden versucht. Auf Befragen des Prinzen, warum der Zeuge Schreiber habe Selbstmord begehen wollen, brachte Schreiber kein Wort heraus und versiel in s c h w e r e K r ä m p f e. Der anwesende Stabsarzt erklärte, daß Schreiber nicht mehr vernunftfähig sei, worauf der Vorsitzende die Verhandlung vertagte.

**Stapellauf im Alterthum.** Wenn heute ein Schiff vom Stapel gelassen und getauft wird, so schleudert der die Taufe Vollziehende eine Flasche Sekt gegen den Bug des hinabgleitenden Schiffes und wünscht eine glückliche Fahrt. Nur wenige wissen wohl, daß dieser aus England übernom- mene Brauch im Grunde nur die Wiederbelebung der alten Traupfester ist. Man opferte, so wird den „Hamb. Nachr.“ geschrieben, im Alterthume den Göttern einen Trank, meist Wein oder Honigmilch, um sie der ihnen vorgetragenen Bitte günstig zu stimmen. In den heidnischen Ländern von Asien geschieht dies noch immer. Nach der Meinung vieler Völker war die Opferung menschlichen Blutes den Göttern ganz besonders wohlgefällig, und in diesem Glauben haben die überhaupt zu Grausamkeiten wei- genden Karthager Handlungen begangen, die die höchste Ent- rüstung der Römer hervorriefen. Sie warfen die in der Seeschlacht gefangenen Römer vor Schiffen, die in das Meer gelassen werden sollten, auf den Boden, so daß die Schiffe über sie hinwegglitten und sie zermalnten. „Selbst das Meer“, sagen römische Autoren, „scheute zurück vor den blutbesudelten Rieken.“ Diese als bloße Grausamkeit brandmarkt hat war jedoch eine Handlung der Weisheit für die vom Stapel gelassenen Schiffe der karthagischen Flotte, ein Menschenopfer. Ueberall, wo die Religion Menschenopfer forderte, zog man natürlich vor, Kriegsgefangene zu opfern. Diese Unsitte war weit verbreitet und ersoch keineswegs mit Karthagos Untergang. Sogar noch die Wikinger von Skandinavien vollzogen ein ähnliches Opfer und der Welt- umsegler Cook wohnte derselben Zeremonie auf einer der Südeinseln bei. Die unglücklichen Schlachtopfer wurden an die Kollen gefesselt, auf denen ein Kriegsschiff ins Meer glitt, so daß der Vordersteven von Blut geröthet wurde. Hier und da ließ man wohl auch, daß früher die Aufgabe, die Seile, mit denen eine Fregatte vom Stapel gelassen wurde, mit der Art zu trennen, einem zum Tode Verur- theilten übertragen worden sei. Derselbe wurde begnadigt, wenn ihm die Erfüllung seiner Aufgabe gelang, ohne daß er von dem Schiff erfaßt und zerquetscht wurde. Vielleicht lag in diesem Brauch noch ein Rest jener Menschenopfer ver- borgen. Heute ipendet man dem Gott der Meere Sekt an- statt Blut, und es scheint auch fortgeschritten genug zu sein, um Sekt vorzuziehen.

„Ber sonst, als ich, Ihr einziger, wahrer Freund. Nun, es soll ja kein Vorwurf sein, sagt' ich schon, Sie haben sich damals eben geirrt. Aber dann mußten Sie doch väter Ihres Irthums inne werden und dem Mädchen jene Illusionen vorsichtig rauben — vorsichtig, zartfühlend, es hat alles seine Form und auf die Form kommt's an! Und zu einer so brutalen Geschichte, wie diesem Kampf im Wasser, dursteten Sie es schon gar nicht kommen lassen. Sie haben ja heute Wärterinnen aufgetrieben, warum nicht bereits gestern?“

„Lassen wir das!“ sagte der Graf. „Ob Sie in dieser Sache mein Gewissen nachgerüttelt haben, ob Sie nur immer thaten, was ich wollte — schweigen wir darüber! Meine Schuld mindert Ihr Verhalten nicht, wenigstens nicht vor meinem Gewissen; ich habe schlecht, häßlich, er- barmungslos gehandelt. Ob auch unvorsichtig? Möglich! Die ersten Tage und Wochen — wir lebten beide wie im Rauch dahin; ich dachte an nichts in der Welt als an sie und nicht an die nächste Stunde — und ihr ging es wohl ebenso. Dann kam das Erwachen — sie fragte, — sie drängte; daß ich ihr die Ehe verweigern könnte, fiel ihr gar nicht bei: sie wunderte sich nur, warum der Priester gar nicht komme, sie zur Christin zu machen und dann mit mir zu trauen. Diese Tage, wo ich sie zu täuschen, ihr die Gedanken wegzuküßeln versuchte, wo ich heuchelte und log — glauben Sie mir, einen Theil meiner Schuld habe ich schon abgebüßt. Und obendrein war's nutzlos, gestern blieb sie des Vormittags lange auf ihrem Zimmer und als sie end- lich vor mich hintrat, da laß ich's ihr vom Gesichte ab: „Sie glauben Dir nicht mehr!“ Und da sie mich dennoch anscheinend ruhig anhörte, als ich nun beichtete, und immer nickte, auch bei meinem Schwur, sie nie zu verlassen, so glaubte ich schon: einige Tage und sie wird darüber hinweg- kommen. Am Abend verlangte sie mich zu sprechen; ich er- schrak, als ich sie wieder sah — welcher grenzenlose Jammer und dabei keine Thräne! Sie flehte und beschwor: „Mach' mich zu Deinem Weibe! Drei Tage will ich's sein, dann gebe ich mir selbst den Tod, und Du bist wieder frei!“ Es war furchtbar. . .“

Er verstummte. (Fortsetzung folgt.)